



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Sorgen und Probleme

Deutliche Kritik am Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP auf Bundesebene hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München geübt. „Das ist ein Vertrag zu Lasten Dritter“, monierte der Regensburger OB.

Nach Schaidingers Auffassung „müsste der Koalitionsvertrag eigentlich Kommissionsvertrag heißen“. „Alles, was ein bisschen wichtig ist“, werde nicht gelöst, sondern auf eine Kommission vertagt. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags kritisierte neben den Punkten Gewerbesteuer und Auflösung der Arbeitsgemeinschaften (Hartz IV) die unausgegorenen Steuersenkungspläne der neuen Regierung sowie die ungewissen Regelungen für die kommunale Daseinsvorsorge.

Im Koalitionsvertrag sei die Neigung der neuen Bundesregierung zu erkennen, als Steuersenker aufzutreten - allerdings zu Lasten der Länder und der Kommunen. Schaidinger: „Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, die sowieso schon eingeschnürt ist, darf nicht noch weiter durch Versprechungen von Steuergeschenken auf Null gebracht werden. Manche Kommunen können schon heute ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Wie soll das dann erst gehen, wenn die Steuerentlastungen noch tiefere Löcher in die kommunalen Haushalte reißen?“

Stabile Versorgung

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags kritisierte die geplante grundsätzliche steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen. Eine Besteuerung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge sei inakzeptabel, denn die Kommunen sorgten dauerhaft für eine stabile Versorgung und Entsorgung, zum Beispiel in der Abfallwirtschaft, kritisierte Schaidinger und ergänzte:

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



OB Hans Schaidinger.

davon aus, dass der öffentliche Personennahverkehr unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Deshalb müsse das Personenbeförderungsgesetz an den europäischen Rechtsrahmen für den ÖPNV angepasst werden. Eine vom Staat veranlasste Benachteiligung öffentlicher Unternehmen wäre ein unzulässiger Eingriff in die vom Grundgesetz geschützte kommunale Selbstverwaltung.

Wachsamkeit nötig

Unzulässig wäre nach Ansicht des Bayerischen Städtetags auch eine Aushöhlung der Gewerbesteuer. Die wichtigste Säule der kommunalen Einnahmen müsse ihr festes Fundament behalten. „Wir müssen wachsam bleiben, weil im Koalitionsvertrag von

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Industriebericht 2009:

Robustes Fundament

Wirtschaftsminister Zeil: „Stabilisierung auf niedrigem Niveau“

Wie der bayerische Industriebericht 2009 ausweist, bleibt das Verarbeitende Gewerbe auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit einem Anteil von 25,6 % an der Bruttowertschöpfung Bayerns ein zentraler Sektor der Volkswirtschaft. Mit einem Wachstum von 31,5 % zwischen 2000 und 2008 entwickelte es sich besonders dynamisch. Knapp ein Fünftel der deutschen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird in Bayern generiert. Damit trägt Bayern wesentlich zur Position Deutschlands als viertgrößtem Industriestandort der Welt bei.

Zwei von drei Arbeitsplätzen in Bayern hängen direkt oder indirekt von der Industrie ab. Das Verarbeitende Gewerbe Bayerns erzielte im Jahr 2008 einen Umsatz von 333,4 Milliarden Euro und damit 0,9 Prozent mehr als im Jahr 2007.

Wie Wirtschaftsminister Martin Zeil bei der Vorstellung des Berichts betonte, reagiere die bayerische Industrie aufgrund

der überdurchschnittlichen Spezialisierung auf die Produktion forschungsintensiver Investitionsgüter und deren ausgeprägter Exportorientierung stärker auf zyklische Konjunkturschwankungen als der bundesdeutsche Durchschnitt und laufe dem allgemeinen konjunkturellen Trend tendenziell etwas voraus. Während die bayerische Industrie für den Auftragseingang im ersten Halbjahr 2008 noch ein Wachstum von 1,9 % im Vergleich zum sehr starken Vorjahreszeitraum vermelden konnte, brachen die Aufträge im zweiten Halbjahr um 12,6 % ein. Der Auftragsrückgang aus dem Ausland war dabei ausgeprägter als der Auftragsrückgang im Inland.

Auftragsrückgang

Im Jahresdurchschnitt gingen die Aufträge mit -5,4 % in Bayern stärker zurück als im gesamten Bundesgebiet (-4,9 %). Entgegen dem nationalen Trend blieb die bayerische Produktion jedoch noch stabiler. Im zweiten Halbjahr 2008 verringerte sich die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern nur leicht. Im Jahresdurchschnitt konnte sogar noch ein Produktionswachstum von 2,5 % erzielt werden, während die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes deutschlandweit lediglich um 0,8 % wuchs. Aufgrund hoher Auftragsbestände, die noch abgearbeitet waren, sank die Kapazitätsauslastung der bayerischen Industrie bis in den Herbst nur geringfügig. Zum Ende des Jahres erreichten die Auswirkungen des weltweiten

konjunkturellen Einbruchs jedoch auch das Verarbeitende Gewerbe in Bayern.

Betrachtet man die einzelnen Branchenumsätze der bayerischen Industrie, so zeigt sich, dass es sich dabei keinesfalls um eine homogene Entwicklung handelt. Während in Bayern beispielsweise die Rundfunk- und Nachrichtentechnik und der Kraftfahrzeugbau deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen mussten, verzeichneten der Maschinenbau, die Herstellung von Geräten zur Elektrizitätstechnik sowie der Luft- und Raumfahrzeugbau eine sehr positive Umsatzentwicklung. Die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe verlief 2008 mit einer Zunahme um 1,9 % auf gleichem Niveau wie im Bundesdurchschnitt. Seit März 2009 liegt in Bayern die Beschäftigung allerdings leicht unter dem Vorjahresniveau.

Beschäftigungsplus in 2008

Ein Blick auf die regionale Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung offenbart, dass die oberbayerische Industrie 2008 ein leichtes Beschäftigungsplus von 1,1 % verzeichnete, damit aber unter dem Wachstumsniveau Bayerns (1,9 %) bleibt. Während Branchen wie der Automobil- und Maschinenbau, die Metallindustrie oder die Elektrizitätstechnik Wachstumsgewinne zwischen 2 % und 13 % erzielten, wurden durch Umstrukturierungen in der Rundfunk-

(Fortsetzung auf Seite 4)

3. Bayerischer Finanzgipfel in München:

Lehren aus der Finanzkrise

Beim 3. Bayerischen Finanzgipfel zum Thema „Neuausrichtung der Regulierung – Lehren aus der Finanzkrise“ erörterten hochrangige Vertreter der Finanzwirtschaft in der Landeshauptstadt die Hintergründe und Auswirkungen der Regulierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise. Wie Wirtschaftsminister Martin Zeil feststellte, „haben die Regierungen der G20-Staaten und die Zentralbanken in einer beispiellosen Zusammenarbeit die internationalen Finanzmärkte vor einem Zusammenbruch gerettet“. Dieser hätte zu unübersehbaren Folgen für das globale Finanzsystem, die Realmärkte und die Weltwirtschaft geführt.

Auf den Weltfinanzgipfeln in Washington, London und Pittsburgh wurde das Fundament für eine neue Weltfinanzordnung gelegt. Ein wichtiger Bestandteil der G20-Beschlüsse ist die Stärkung der internationalen Aufsichtsstrukturen für den Finanzsektor. Ebenso haben sich die Staaten darauf verständigt, Schwachstellen und Lücken in den geltenden Aufsichtsregularien zu bekämpfen. „Wir brauchen schärfere Regulierungen, aber zielgerichtet und mit Augenmaß. Der Finanzstandort Bayern muss deshalb die Planungen und Beratungen zur Finanzmarktregulierung aufmerksam und intensiv begleiten. Der diesjährige Finanzgipfel bietet hierfür ein ideales Forum“, erklärte Zeil.

Bewährtes Dreisäulensystem

Wie der Minister hervorhob, habe sich das Dreisäulensystem bewährt. Die Vielzahl der kleinen und mittleren Institute in Deutschland sei in ihren angestammten Regionen tätig und sichere die Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Zeil: „Es kann nicht sein, dass diese Institute

den Preis zahlen für das Fehlverhalten einzelner ‚global player‘. Pauschale Verschärfungen im Aufsichtsrecht lehne ich daher

ab.“ Künftig müsse das Geschäftsmodell eines Instituts ein zentrales Beurteilungskriterium für die Entscheidung über Aufsichtsmaßnahmen sein.

Konjunkturtal

Trotz einiger positiver Anzeichen gebe es aber auch bei der Realwirtschaft keinen Grund zu übermäßiger Euphorie, fuhr Zeil fort, „denn der Weg aus dem

(Fortsetzung auf Seite 4)



Erfolgreiche Interkommunale Zusammenarbeit im Ilztal: Die Informationsplattform www.sdl-inform.de bündelt das Know-how über Modellprojekte wie im Ilztal (siehe Seite 14).

Neues von Sabina



Der Bürgermeister möchte sich einmal wieder bewusst auf die Jahreszeit des Übergangs einlassen - wenn es nur die Arbeit zulassen würde. So tritt er halt weiter in seinem Hamsterrad. Tatsächlich aber wäre der November der ideale Monat zum Entschleunigen, bevor man in der Adventszeit wieder auf Vorweihnachtsfeier und -shopping-Touren kommt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Seehofer spürt Rückenwind für Bayern	2
Fahrenschon muss neu disponieren	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Seniorenpolitisches Konzept	3
Lust auf Lesen	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	5-9
Fremdenverkehr	10/11
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	12
Brand- und Katastrophenschutz	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Regierungserklärung zum Berliner Koalitionsvertrag:

Seehofer spürt Rückenwind für Bayern

Eisernes Sparen notwendig - Sorgen um Kommunalfinanzen

Als Rückenwind für Bayern bewertet Ministerpräsident Horst Seehofer den Berliner Koalitionsvertrag, in dem er die wesentlichen Ziele der CSU verankert sieht. Der Weg aus der großen Krise sei jedoch nur mit entschlossener Sparpolitik bei Staat und Kommunen zu schaffen. Unter diesen Tenor stellte Seehofer im Landtag seine Regierungserklärung zur schwarz-gelben Bundespolitik, an der er als CSU-Vorsitzender maßgeblich mitgewirkt hat. Er schloss sich nicht den Warnungen auch von CDU-Ministerpräsidenten an, die im Interesse ihrer Länder und Gemeinden speziell gegen das jetzt zur Beratung in Bundestag und Bundesrat anstehende Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden große Bedenken geäußert haben.

Die Finanzprobleme bestimmten die gut dreistündige Landtagsdebatte. Das umstrittene Gesetz bringt für Bayern demnach eine Mehrbelastung von rund 360 Mio. Euro, zusätzlich zu den 1,4 Mrd. Euro weniger nach der November-Steuerschätzung. Bayern werde das ohne zusätzliche Schulden finanzieren können, stellte der Ministerpräsident in Aussicht. Noch gebe es Rücklagen dank der Haushaltspolitik der letzten Jahre. Aber es müsse eisenerspart werden, worunter die Schwerpunkte der Politik von Fa-

Wähler-Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger ein.

Die schwarz-gelbe Steuerentlastungspolitik stelle die Kommunen vor die Alternative, entweder höhere Abgabenbelastung für Bürger und Betriebe vorzunehmen oder Leistungen wie Müllabfuhr, Kindergärten und Schwimmbäder zurückzufahren. Das Konnexitätsprinzip sei im Berliner Koalitionsvertrag nur zwischen den Zeilen zu finden. „Man lässt die Kommunen allein.“

Für den SPD-Fraktionsvorsit-

Und dies durch Steuergeschenke für Besserverdienende mit der Folge einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Die Grünen rechnen mit einem zusätzlichen Haushaltsloch des Freistaats von 400 Mio. Euro. Bause kündigte entschiedenen Widerstand gegen die Politik der drei „K's“ an: „Klein-Klein, Klientelpolitik und jede Menge Kommissionen.“

Sozial ausgewogen

Für die CSU entgegnete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer, der Koalitionsvertrag sei sozial ausgewogen. Von Steuergeschenken könne keine Rede sein. Es gehe um die Entlastung sowohl der Familien als auch der mittelständischen Wirtschaft als Voraussetzung für

Der Vertrag von Lissabon als Europas neue Basis:

Neue innere und äußere Kraft für die EU

Von Dr. Georg Simnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Acht Jahre dauerte der Kampf um den Lissabon Vertrag, bis er nun schließlich auch vom tschechischen Staatspräsidenten Klaus als letztem Staatschef unterzeichnet wurde. Mit der Ratifizierung aller EU-Staaten ist der dringende Weg für die notwendige Organisationsreform der Europäischen Union schon zum 1. Dezember 2009, spätestens zum Jahresbeginn 2010 frei.

Aufreibend war vor allem die Schlussphase des Ringens, die zugleich unterstrich, wie dringend die Reform nötig ist. Die EU muss auch mit nun siebenundzwanzig Mitgliedern genau so die Erwartungen und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts transparent und flexibel erfüllen können, wie das Europa des Kerns in den fünfziger Jahren. Der Vertrag von Lissabon, auf den sich die siebenundzwanzig Mitgliedstaaten am 18. Oktober 2007 in Lissabon geeinigt haben, bringt mehr Demokratie und mehr Effizienz für Europa durch neue Instrumentarien, eine klarere Aufgabenabgrenzung, den weltweit modernsten Grundrechtskatalog und zeitgerechte Kontrollrechte für die Bürger und die Mitgliedsstaaten.

Stärkung der Bürgerrechte

Die EU wird demokratischer, indem vor allem die Bürgerrechte gestärkt werden. Das belegt die erstmals in die Europaverträge aufgenommene EU-Charta der Grundrechte. Sie ergänzt rechtlich fassbarer und klarer die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates. Die Mitwirkungsmöglichkeit der Bürger wird stärker, weil sich künftig die Bürger unmittelbar am europäischen Willensbildungsprozess beteiligen können. Mit dem europäischen Volksbegehren, das eine Million Unterschriften aus einer Mehrzahl von Mitgliedsländern voraussetzt, wird zum ersten Mal ein Element der direkten Demokratie auf europäischer Ebene eingeführt. Das europäische Volksbegehren ergänzt die anderen Bürgerrechte, wie das Petitionsrecht, das Beschwerderecht beim Europäischen Bürgerbeauftragten und das Anfragerrecht an die EU-Institutionen in jeder beliebigen Sprache. Die Transparenz der Entscheidungen muss gewährleistet sein, wie auch der Dialog mit der Zivilgesellschaft. Die aktive Mitarbeit der Sozialpartner wird

den Wiederaufstieg. Die CSU werde die Kommunen nicht im Stich lassen, sondern sich für sie einsetzen. „Wir sind in besten Gesprächen mit den Spitzenverbänden über einen Finanzausgleich, mit dem alle leben können.“

FDP-Fraktionschef Thomas Hacker versicherte, seine Partei werde sich für eine Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. „Unser Ziel ist die Verstärkung der Einnahmen der Kommunen. Wir wollen ihnen mehr Planungssicherheit geben als es das bestehende System mit der schwankenden Gewerbesteuer kann.“ In Berlin werde über entsprechende Vorschläge verhandelt. Insgesamt bekannte sich Hacker zum schwarz-gelben Koalitionsvertrag.

Der SPD-Finanzsprecher Volkmart Hartleib schob der Plenardiskussion eine Presseerklärung nach, in der er auf Seite 6 des Koalitionsvertrages hinwies. Demnach soll eine Kommission für die Neuordnung der Gemeindefinanzierung „den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen“. **rm**

Landesbank:

Fahrenschon muss neu disponieren

Ausfall der Millionen-Zinszahlung soll nicht durch Schulden im Etat 2010 ausgeglichen werden

Ministerpräsident Horst Seehofers Direktive, trotz aller Schwierigkeiten nächstes Jahr ohne neue Kreditaufnahmen den Haushalt auszugleichen, wurde am Tag nach seiner Regierungserklärung erneut in Frage gestellt. In einer gemeinsamen Sitzung des Haushaltsausschusses und der Bayern LB-Kontrollkommission bestätigte Bankchef Michael Kemmer, nächstes Jahr die vorgesehenen 231 Mio. Euro Zinsen für die drei Milliarden Stille Einlage des Freistaats in das Bankkapital nicht zu zahlen. Finanzminister Georg Fahrenschon hatte diese Millionen in seinem Entwurf des Nachtragshaushalt 2010 bereits als Ausfall kalkuliert, der möglicherweise zu neuen Schulden zwingt.

In der Ausschusssitzung rückte Fahrenschon von dieser, kurz vor der Regierungserklärung veröffentlichten Ankündigung ab. Schulden seien ja nur eine Möglichkeit, die 231-Millionen-Lücke zu schließen. Er sei nochmals „intensiv in die Zahlen der Bank eingetaucht“ und „es stellen sich jetzt eben auch andere Ansätze heraus. Nach 24 Stunden zu einer anderen Einschätzung zu kommen, das muss auch erlaubt sein.“

Kemmer hatte auf EG-Recht verwiesen, wonach Zinsen auf solche Einlagen wie die drei Milliarden des Freistaats während der bis 2013 laufenden Umstrukturierungsphase nicht bezahlt werden dürfen, solange die Bank rote Zahlen schreibt. Dies sei bei der BLB durch die marode Kärntner Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) der Fall.

Die CSU machte ihrem Finanzminister in der Ausschusssitzung keine öffentlichen Vorwürfe und zollte ihm Beifall. Kommissionsvorsitzender Ernst Weidenbusch (CSU) verwies auf die rechtlichen Zweifel, ob das EU-Recht hier anzuwenden sei. Zu Informationen, Seehofer habe Fahrenschon im CSU-Fraktionsvorstand am Abend vor der Regierungserklärung „zurückgepfiffen“, nahm kein CSU-Abgeordneter Stellung.

Nahe an Haushaltstrick

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Volker Hartleib (SPD) bezeichnete es als haushaltspolitisch nicht seriös, noch nicht gesicherte Einnahmen als sicher in den Etat einzuplanen. Das liege nahe an einem Haushaltstrick. Elke Hallitzky (Grüne) empfahl dem Finanzminister, nicht jede Pirouette seines Regierungschef mitzudrehen. Fahrenschon habe vernünftig gehandelt, die BLB-Millionen nicht als Plus einzuplanen. Man könne nicht davon ausgehen, „dass wir es irgendwie hingedeckelt kriegen“. Für die Opposition ist das Ende des ausgeglichenen Haushalts durch den Streit um die BLB-Zinszahlung besiegelt.

Der von der SPD-Fraktion angestoßene und inzwischen von allen fünf Fraktionen befürwortete Untersuchungsausschuss über den von der BLB gezahlten Kaufpreis von 1,63 Mrd. Euro für die HGAA im Jahr 2007 wird derzeit vorbereitet. Ministerpräsident Seehofer hat dem Landtag Zusammenarbeit zugesagt. (s. BLD 21/05.11.09). **rm**

Ab in die Sonne!



Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

milie und Bildung bis zu sozialer und öffentlicher Sicherheit nicht leiden sollen. Für die Zeit nach 2010 wollte der Ministerpräsident „keinen Zweifel daran lassen, dass vor uns eine schwierige Wegstrecke liegt“. Er kündigte an, in der Verwaltung könnten von den Ministern bis zu den Regierungen im Sinne des eisernen Sparens einschneidende Veränderungen notwendig werden.

Vertagung der Probleme

Die Situation der Kommunen erwähnte Seehofer nicht näher. Sie müssen nach den Berechnungen der Experten ein weiteres Minus von 126 Mio. Euro verkraften. Darauf ging in der Debatte insbesondere der Freie-

zenden Markus Rinderspacher lässt die neue Bundesregierung „das soziale Klima kälter werden“ und vertagt die Probleme. Auf jeden Fall würden für Freistaat und Gemeinden weitere Schuldenberge aufgetürmt. Eine Demontage der kommunalen Selbstverwaltung sei zu erwarten, wenn die Gewerbesteuer abgebaut werde. Rinderspacher fasste zusammen, der Koalitionsvertrag sei ein Schuldenvertrag, der in weiten Teilen mehr Probleme schaffe als löse, mit den Trends „privat vor Staat - Eigensinn vor Solidarität“.

Ähnlich äußerte sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause. Schwarz-gelb bedeute für Bayern mehr Schulden im Staatshaushalt und mehr Schulden für die Kommunen.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Aicher
84550 Feichten a. d. Alz
am 7.12.

Bürgermeister Georg Birner
95490 Mistelgau
am 7.12.

Bürgermeister Dr. Klaus Bühler
86916 Kaufering
am 24.11.

Bürgermeister
Franz Xaver Meitingner
86868 Mittelneufnach
am 27.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmuth Wächter
92655 Grafenwöhr
am 5.12.

Bürgermeister Johann Wieser
82287 Jesenwang
am 5.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Eisenreich
91613 Marktbergel
am 1.12.

Bürgermeister Peter Hart
97727 Fuchsstadt
am 4.12.

Bürgermeister
Gerhard Hecht
93199 Zell
am 26.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Michael Hohl
95444 Bayreuth
am 3.12.

Bürgermeisterin
Maria Mittl
86703 Rögling
am 25.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Kern
85649 Brunnthal
am 25.11.

Bürgermeister
Alois Wildfeuer
94261 Kirchdorf i. Wald
am 27.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kommunen und Mobilfunk:

Rechtzeitiges Handeln als Schlüssel zum Erfolg

Vortragsveranstaltung der Anwaltskanzlei Meidert & Kollegen in Augsburg

Städte und Gemeinden sind oftmals der erste Ansprechpartner für besorgte Bürger, wenn es um die Errichtung oder den Ausbau einer umstrittenen Mobilfunkanlage geht. Auf kommunaler Seite wird dabei oft die Meinung vertreten, man müsse die Errichtung neuer Anlagen tatenlos hinnehmen. Wie es mit den tatsächlichen Rechten und Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei Mobilfunkfragen bestellt ist, darüber informierte eine Vortragsveranstaltung der Anwaltskanzlei Meidert & Kollegen in Augsburg. Klar wird dabei: Dank Versachlichung durch technische und juristische Beratung sind viele Fälle im Dialog lösbar.

Als Referenten fungierten Rechtsanwalt Frank Sommer, der sich bei Meidert & Kollegen mit den rechtlichen Fragen zu Mobilfunkanlagen und deren Steuerung über die kommunale Bauleitplanung befasst, und Hans-Ulrich Raithel vom Umweltinstitut München, der Kommunen bei der Umsetzung immissionsoptimierter Standorte für Mobilfunkanlagen berät. Gemeinsam haben beide Referenten Kommunen wiederholt zum erfolgreichen Abschluss von Dialogverfahren und Rechtsstreiten gegenüber Mobilfunkbetreibern und Genehmigungsbehörden verholfen.

Gestaltungsmöglichkeiten

Tatsache ist, dass sich die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen nicht zuletzt aufgrund einiger neuerer Entscheidungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit in jüngster Zeit wesentlich verbessert haben. Dabei zeigt die Erfahrung, so die Referenten, dass

Der Mobilfunkpakt ist nach Sommers Auffassung deshalb problematisch, weil die Beteiligung sich auf die Anhörung beschränkt, es keine verbindlichen Mitwirkungsrechte gibt, der Betreiber keine Informationen liefern muss, die Beurteilungen der Betreiber zur Standortwahl nicht nachprüfbar sind und schließlich Teil 1 des Mobilfunkpaktes die kommunale Beteiligung gewährt, Teil 2 sie aber unterläuft.

Genehmigungsfreiheit

Der Frage, ob eine Gemeinde vorsorgeorientierte Standortplanung betreiben darf, wird laut Sommer nicht selten mit folgenden Gegenargumenten begegnet: Die Beteiligung der Gemeinden ist über den Mobilfunkpakt ausreichend gewährleistet; Mobilfunkanlagen sind „genehmigungsfrei“; der Versorgungsauftrag darf nicht durch Bauleitplanung behindert werden; Gemeinden ist es im Hinblick auf die vorgeschriebenen Grenzwerte

den einzuschlagenden Weg nach sorgfältiger Abwägung von Nutzen und Risiko unter Einbeziehung der Betroffenen zu fällen und im weiteren Fortgang Transparenz an den Tag zu legen. Andernfalls sei das Risiko zu hoch, dass ein immissionsminimierter Standort von Bewohnern des Umfelds der Anlage nicht akzeptiert wird. Das Dilemma sei offensichtlich: In der Baugesetzgebung als „privilegierte“ bzw. „nicht störende“ Anlagen bevorzugt, müssten Anwohner und Kommunen damit umgehen, dass Stationen errichtet werden.

Handlungsprioritäten

Der beste Zeitpunkt aussichtsreicher Mitgestaltung ist Raithel zufolge das Frühstadium der Planungen. Daraus ergäben sich folgende Handlungsprioritäten: Der Netzbetreiber informiert die Kommune über den Suchbereich und bietet Mitwirkung bei der Standortwahl an. Der Gutachter bewertet Standort-Alternativen hinsichtlich der Strahlenbelastung für die Anwohner. Die Kommune wird bei den Verhandlungen mit dem Mobilfunkbetreiber technisch und juristisch beraten. Das Zwischenergebnis wird rückgekoppelt; Anregungen werden im Endbericht berücksichtigt. Eine Bearbeitung aus unabhängiger Hand stellt sicher, dass alle Möglichkeiten der Immissionsminimierung ausgelotet wurden und im Bericht dokumentiert sind.

Langfristiges Denken

Dass Verhinderungsplanung keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, zeigte Raithel an folgendem Beispiel: Acht Jahre lang trotzte die betriebsbereite Mobilfunkanlage auf einem Hausdach im Norden Gröbenzells unliebsamen Nachbarn, der Gemeindeverwaltung, Wind und Wetter. Nun musste sie abgebaut werden. Wie der VGH im März dieses Jahres urteilte, kann das am westlichen Stadtrand Münchens gelegene Wohngebiet auch von einem Funkmast versorgt werden, der sich im benachbarten Olching an einem Bahndamm befindet. Das ist das Ergebnis einer äußerst detailliert geführten juristischen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Mobilfunkanbieter Vodafone sich vehement gegen die Untersuchungsergebnisse des Umweltinstituts München gestemmt hatte – ohne Erfolg.

Versachlichung der Debatte

Jahrelang tobte der Rechtsstreit um den Funkmast, denn der Bebauungsplan schließt Mobilfunkantennen aus. Weil die Gemeinde Gröbenzell keine Ausnahme genehmigung erteilen wollte, hatte Vodafone geklagt, das Umweltinstitut war im Verfahren vor dem VGH als Gutachter für die Gemeinde aufgetreten. Kernpunkt des Erfolgs, so Anwalt Frank Sommer, der die Gemeinde Gröbenzell vertrat, sei die Vorlage einer belastbaren Alternative, was im ersten Verfahren, welches die Gemeinde verloren hatte, ausgeblieben war. Ein technisches Gutachten habe bewiesen, dass eine Mobilfunkversorgung in guter Qualität und mit ausreichenden Kapazitätsreserven auch von dem von der Gemeinde favorisierten Standort aus gewährleistet sei.

Raithels Fazit: Nach mehreren

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

der deutsche Schauspieler Gustav Knuth hat einmal gesagt: „Alle wollen alt werden, aber keiner will alt sein!“ Alt werden, alt sein – das sind Themen, die in öffentlichen Diskussionen meist kaum eine Rolle spielen. Niemand will gerne über das Alter; über sein Alter oder den eigenen Lebensabend sprechen. Trotzdem ist genau das Alter eines der zentralen Zukunftsthemen. Dank des medizinischen Fortschritts und der stark verbesserten Lebensbedingungen hat sich die Lebenserwartung der Menschen in den Industrieländern enorm verlängert. Die demographische Entwicklung weist eindeutig in eine



der mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Auf diese Erfahrung und das Wissen der älteren Generation können wir in Zukunft aber nur zurückgreifen, wenn wir schon heute die Bedürfnisse und Wünsche, aber auch die Probleme der Senioren berücksichtigen. Bayernweit werden seit diesem Jahr in den Kommunen Seniorenpolitische Konzepte erstellt, um noch besser und differenzierter auf die Lebenslagen der älteren Menschen eingehen zu können.

So hat auch der Landkreis Mühldorf eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die diese Konzepterstellung aktiv begleitet. Dieser Prozess umfasst eine Seniorenbefragung in allen 31 Städten und Gemeinden des Landkreises. Es ist für uns dringend an der Zeit, den älteren Menschen zuzuhören und sie nach ihren Bedürfnissen und Sorgen zu fragen.

Aber auch die jüngere Generation steht im Blickfeld dieser Befragung, denn sie kann bereits heute aktiv ihre eigene Zukunft als zukünftige Seniorinnen und Senioren mit gestalten. An ihnen liegt es, die Weichen für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben im Alter zu stellen. An dieser Stelle sind vor allem die Kommunen aufgefordert, die Lebensbedingungen für ältere Menschen optimal anzupassen bzw. zu gestalten. Gerade die Versorgung nicht mehr so mobiler Menschen im Alter ist hier ein zentrales Zukunftsthema. Getreu dem Leitsatz „ambulant vor stationär“ sind in diesem Bereich innovative Lösungen und Angebote gefragt. Weitere zentrale Zukunftsthemen sind Mobilität im Alter und die Schaffung einer seniorengerechten Versorgungsinfrastruktur. Gerade in den ländlichen Räumen muss die infrastrukturelle Erschließung für Senioren, aber auch für die Familien dringend weiter ausgebaut werden, um nicht im Bezug zu den Ballungsräumen noch mehr abgehängt zu werden. Infrastruktur, Mobilität, Versorgung, Pflegeversorgung, Teilnahme am Gemeinschaftsleben – alle diese Punkte dürfen nicht isoliert nebeneinander stehen.

Was wir, was vor allen Dingen die Senioren, brauchen ist ein integriertes Konzept, das den Menschen in seiner Gesamtheit berücksichtigt. Es geht bei einer verantwortungsbewussten Seniorenpolitik in erster Linie nicht ausschließlich um die ältere Generation. Im Mittelpunkt sollte vielmehr das Miteinander der Generationen stehen. Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren bilden eine Einheit, die es von Seiten des Staates und der Kommunen intensiv zu fördern und zu unterstützen gilt.

Ihr Georg Huber

„Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek“:

Lust auf Lesen

Bundesweite Aktionswoche erfolgreich beendet
Über 400 Veranstaltungen allein in Bayern

Bereits zum zweiten Mal führten mehr als 1.000 Bibliotheken in Kooperation mit dem Deutschen Bibliotheksverband (dbv) die bundesweite Aktionswoche „Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek“ durch. Unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler waren bis zum 13. November rund 4.000 Veranstaltungen und 10.000 Stunden Programm zu erleben.

Die Veranstalter konnten auch heuer mit einem bunten und anregenden Programm mit außergewöhnlichen Präsentationen, Ausstellungen, Vorlesestunden, Bibliotheksnächten und vielfältigen Mitmachprojekten aufwarten. Veranstaltungsorte waren öffentliche, wissenschaftliche, kirchliche und private Bibliotheken.

Die Bibliotheken in Deutschland bilden ein System, das sich über das ganze Land spannt, von der kleinen Gemeindebücherei, die für die Grundversorgung zuständig ist bis zu den größeren Stadt-, Regional- oder Staatsbi-

bliotheken sowie wissenschaftlichen Universitätsbibliotheken oder kirchlichen Einrichtungen. Bibliotheken und Bibliothekare bieten freien Zugang zu Informationen und Literatur. Gerade auch im Zeitalter des Internets leisten sie Hilfe bei Recherchen und Quellenforschung, indem sie ständig ihre Medienbestände aktualisieren und ihre Dienstleistungen und Angebote erweitern. Bibliotheken verstehen sich heute als lebendige Medienzentren, die in allen gesellschaftlichen Kreisen verankert sind, Debatten anstoßen, begleiten und archivieren. Das Anliegen von „Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek“ ist es, die Wirkung der Bibliotheken in Kultur und Bildung sichtbar zu machen und ihre Rolle in der Gesellschaft zu stärken.

Aktionen für Jugendliche und die Themen Migration und Integration bildeten einen Schwerpunkt der Aktionswoche. Das Spektrum reichte von Medientrallies, Hörspielwerkstätten, literarischen Konzerten und bibliophilen Spaziergängen über

Poetry Slam-Nächte, Crime-Nights und Lan-Partys bis hin zu sportlichen und kulinarischen Ereignissen. Allein in Bayern waren über 400 Projekte angemeldet.

Poetry Slams

Die Münchner Stadtbibliothek Milbertshofen veranstaltete beispielsweise einen Workshop zum Thema „beatboxen“ und bewies: Gedichte und Reime müssen nicht langweilig sein. Wie dicht Rap und Poetry Slam beieinander liegen, illustrierte auch der bekannte Poetry Slamer Jaromir Konecny bei seiner Literaturperformance in der Kinder- und Jugendbibliothek am Gasteig in München. Ebenfalls dort ging kabarettistische Prominenz an den Start: Willy Astor hat sich seit über 20 Jahren als famoser Wortverdreher, Sänger, Musiker und Autor einen Namen gemacht. In der Münchner Stadtbibliothek Allach-Untermenzing war zudem Christian Springer alias Fonsi zu erleben.

Eine Fantasy-Rollennacht in Rosenheim setzte sich auf spielerische Weise mit dem Thema Identität auseinander und eine Schülertheatergruppe aus Weiden (Fortsetzung auf Seite 4)

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Constance von Hassel

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

rechtzeitiges kommunales Handeln der Schlüssel zum Erfolg ist.

Konfliktpotential

Nach Einschätzung von rechtsanwalt Frank Sommer gebe das Spannungsfeld zwischen pauschaler Unschuldsvermutung bei neuen Techniken und tatsächlich beobachteten Auswirkungen von Elektrosmog, dazu die Auffassung des Gesetzgebers, die Grenzwerte erst nach zweifelsfrei erfolgtem wissenschaftlichen Nachweis zu senken, Konflikten allerorts Nahrung. Sommer wies darauf hin, dass „wissenschaftliche Nachweise“, wenn überhaupt, definitionsgemäß erst in Jahr(zehnt)en erbracht werden können.

Dialog

Als kommunale Handlungsansätze bezeichnete der Anwalt zum einen die Verhinderungstaktik, wobei sich hier meist ein privater Vermieter finde, zum anderen das Verweigern des Einvernehmens (nur bei Genehmigungspflicht und auch hier nur im Ausnahmefall erfolgreich), darüber hinaus den Dialog mit dem Betreiber/Mobilfunkpaktverfahren (aber: tatsächlicher Einfluss gering) sowie die Bauleitplanung (einseitige Regelung)..

te verwehrt, eigene Vorsorgepolitik zu betreiben und: Nur die Mobilfunkbetreiber verfügen über das technische Know-how.

Fachliche Beratung

Bilanzierend bemerkte Sommer, dass (nur) die Bauleitplanung der Kommune rechtlich verbindliche Standortvorgaben (auch) unter Vorsorgeaspekten erlaube. Die Gestaltungsspielräume seien von Kommune zu Kommune unterschiedlich, die Außenbereichsplanung stelle sich als vergleichsweise unproblematisch dar. In der Innenbereichsplanung gebe es derzeit freilich noch offene Fragen bezüglich der konkreten Umsetzung. Ratsam sei jedenfalls das Hinzuziehen fachlicher Unterstützung.

Wie Hans-Ulrich Raithel vom Umweltinstitut München erläuterte, sei der zentrale Punkt der Mobilfunk-Diskussion in einer Kommune zu klären, ob jeder neue Anlauf eines Netzbetreibers, einen Standort zu errichten, mit aller Kraft gestoppt werden soll (Verhinderungsprinzip) oder ob die Bereitschaft besteht, an der Standortplanung mitzuwirken und damit in Kauf zu nehmen, einen Standort zu akzeptieren, sofern die Immission wirkungsvoll minimiert wird. Wichtig sei, die Entscheidung über

Minister Zeil: „Nach diesem mäßigen Start in das Jahr 2009 scheint sich die Lagebeurteilung der bayerischen Industrie zumindest nicht mehr zu verschlechtern. Wann jedoch mit dem Aufschwung zu rechnen ist, lässt sich nur schwer beurteilen.“ **DK**

Kommunale Gasbeschaffungsplattform:

Eine für ganz Deutschland?

Bayerngas-Geschäftsführer Marc Hall im GZ-Gespräch beim StadtwerkeForum 2009 in Düsseldorf

Das StadtwerkeForum 2009 in Düsseldorf unter dem Motto „Energieeffizienz und Kooperationsmodelle“ bot einmal mehr eine interessante Plattform für Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Energiewirtschaft. Mit der „Erdgasbeschaffung auf internationalen Märkten“ befasste sich in seinem Vortrag Bayerngas-Geschäftsführer Marc Hall, der am Rande der Tagung für ein Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung zur Verfügung stand.

GZ: Herr Hall, Bayerngas ist eine kommunale Beschaffungsplattform für Erdgas. Das konzernunabhängige Unternehmen bündelt die Gas-mengen seiner Gesellschafter und Kunden, kauft Erdgas über alle Wertschöpfungsstufen der Beschaffung und ist im Fördergeschäft aktiv. 2008 hat das Unternehmen 66 Milliarden Kilowattstunden Gas verkauft. Das sind rund 2,4 Prozent mehr als 2007. Welche Erwartungen haben Sie an das Gaswirtschaftsjahr 2009/2010?

Hall: Ich erwarte, dass sich der Wettbewerb verschärft und an Vielfalt gewinnt. Als Antwort auf den zunehmenden Wettbewerb zeigt die Bayerngas stärkere Präsenz auf den europäischen Beschaffungsmärkten, um seinen Gaseinkauf auch unter den veränderten Bedingungen optimieren zu können.

GZ: Wie gestaltet sich diese Präsenz?

Hall: 2008 haben wir unser Portfoliomanagement weiterentwickelt und ein leistungsstarkes Handelsdispatching aufgebaut. Wir werden uns künftig noch schneller bewegen. Die Optimierungsmöglichkeiten, die sich durch den OTC-Markt und Energiebörsen ergeben, werden von Bayerngas verstärkt genutzt.

Landgericht Hamburg:

Unangemessene Benachteiligung des Gaskunden

Vorformulierte Verweisung eines Energieversorgers auf mögliche Anpassung des Gaspreises auf „Preisentwicklung auf dem Wärmemarkt“ unwirksam

Behält sich ein Energieversorgungsunternehmen in seinen Vertragsbedingungen vor, den Gaspreis der «Preisentwicklung auf dem Wärmemarkt» anzupassen, benachteiligt dies den Gaskunden unangemessen. Eine derartige Regelung ist, genauso wie die auf sie gestützte Gaspreiserhöhung, unwirksam, entschied das Landgericht Hamburg.

Denn zur Wirksamkeit einer Preisanpassungsklausel sei erforderlich, dass die Voraussetzungen für eine Preiserhöhung möglichst konkret festgelegt würden. Der Kunde müsse die Möglichkeit erhalten, die Preisänderungen nachzuvollziehen und nachzurechnen, so das Gericht. Die Berufung wurde zugelassen (Urteil vom 27.10.2009, Az.: 301 O 32/05).

Die Kläger sind oder waren Gaskunden der beklagten Energieversorgerin. Diese hatte in die von ihr vorformulierten Gaslieferungsverträge eine Regelung aufgenommen, nach der sie berechtigt war, ihre Preise der Preisentwicklung auf dem Wärmemarkt anzupassen. Die Kläger hielten eine auf diese Klausel gestützte Preiserhöhung für unwirksam und klagten. Mit Erfolg: Das LG hat die Preisanpassungsklausel als unwirksam angesehen.

Preisanpassungsklausel muss hohen Anforderungen genügen

In Verträgen mit Verbrauchern seien an die Ausgewogenheit und Klarheit einer Änderungsklausel hohe Anforderungen zu stellen, so die Begründung. Klauseln, die dem Verwender eine Preiserhöhung nach freiem

Die Gespräche mit Produzenten verlaufen durchwegs positiv.

GZ: Ihr Auftrag besteht darin, die Erdgas-Bezugskonditionen für ihre Partner zu opti-



Marc Hall.

mieren. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der Plattformfunktion und der Ausbau des Netzwerkes. Können Sie einige Beispiele nennen?

Hall: Der Bayerngas-Konzern hat 2008 seine Präsenz auf den deutschen und internationalen Märkten gestärkt. Im Gasliefergeschäft hat die Bayerngas GmbH ihre Marktposition behauptet und zusätzliche Industriekunden im Marktgebiet

der NetConnect Germany GmbH & Co. KG (NCG) gewonnen. Das Tradingunternehmen actogas ist für das Bayerngas-Portfoliomanagement zunehmend an internationalen Hubs und Gasbörsen aktiv und hat ein weiteres Jahr rasanten Wachstums hinter sich.

Die Netzgesellschaft bayernets GmbH ist als einer der Gründungsgesellschafter der NCG aus der Regionalität herausgetreten. Durch die Übernahme von Genesis Petroleum ist dem Explorations- & Produktionsunternehmen der Bayerngas, der Stadtwerke München, der Swissgas und der TI-GAS der Einstieg in die britische Nordsee gelungen. Bisher war Bayerngas Norge in Norwegen und in Dänemark aktiv. Erst 2008 hatte das norwegische Unternehmen die Bayerngas Danmark ApS gegründet.

GZ: Bayerngas Norge hat zusätzliche Kapazitäten und Kompetenzen erhalten ...

Hall: Das aktuelle Portfolio der Bayerngas Norge liegt bei mittlerweile 39 Lizenzen. Die Integration der hochqualifizierten Genesis-Mitarbeiter in die Bayerngas-Gruppe verbessert die Bedingungen für eine erweiterte Explorationsstätigkeit und damit für stärkeres organisches Wachstum. Bayerngas Norge wurde Ende Juni 2009 von den norwegischen Behörden als Betriebsführer qualifiziert. Die Übernahme einer Betriebsführerschaft bei der Exploration oder Erschließung von Gasfeldern erhöht die Anforderungen an Unternehmen und Mitarbeiter.

GZ: Gibt es Ihrer Einschätzung nach die Chance für ein großes, kommunal geprägtes, international operierendes Gasbeschaffungsunternehmen für ganz Deutschland?

Hall: Ich bin überzeugt, dass bei der kommunalen Gasbe-

schaffung ein gesamtdeutsches Format angestrebt werden muss. Die nächste Stufe liegt meines Erachtens auf dem internationalen Gasmarkt. Fakt ist: Das Marktmuster ändert sich. Aus einer großflächigen regional geprägten Struktur entsteht ein kleinteiliges nationales und zunehmend internationales Muster. Die Belieferung sämtlicher bestehender Kunden zu 100 % in der Region steht der Wettbewerbsentwicklung entgegen und wird unüblich. Bayerngas wird das veränderte Marktmuster annehmen und mitwehen. Wir stehen als vollständig integrierter Partner der Erdgasbeschaffung zur Verfügung.

GZ: Wie könnten Erfolg versprechende Strategien aussehen?

Hall: Um erfolgreich zu sein, müssen die kommunalen Unternehmen für internationale Partner sichtbar sein. Das geht nur über den weiteren Aufbau von Gaskompetenz und Größe. Wenn dieser Weg eingeschlagen wird, müssen sich Stadtwerke bei der Gasbeschaffung wie in der Bayerngas zusammenfinden. Deshalb steigen die Chancen für die nächste Ebene der Kräftebündelung von deutschen Stadtwerken. Entscheidend ist, auch auf dem internationalen, europäischen Markt nicht alles auf eine Karte zu setzen. „Nicht zocken, sondern diversifizieren“, lautet das Motto. Markchancen müssen genutzt, Preis- und Mengenrisiken minimiert werden.

GZ: Aus welchen Bausteinen setzt sich ein wettbewerbsoptimiertes Beschaffungsportfolio zusammen?

Hall: Zunächst gilt: Internationalität muss nicht beim professionellen Trading an nationalen und europäischen Hubs enden. Das Potenzial der Gasmärkte kann umfassender ausgeschöpft werden. Sowohl direkte Verträge mit Produzenten als auch selbst gefördertes Erdgas sind neben den Verträgen mit anderen deutschen Importeuren wichtige Elemente eines Beschaffungsportfolios. Der Anspruch und Ehrgeiz der Stadtwerke in der Gasbeschaffung ist gestiegen. Das ist der Treiber für die nächste Stufe. **DK**

Stadtwerke und ESB gründen Plattform Energie GmbH:

Erdgasbeschaffung auf höchstes Niveau gehoben

Die Erdgasbeschaffung von 18 südbayerischen Versorgungsunternehmen erfolgt ab sofort in einer neuen Qualität: Mit der Gründung der Plattform Energie GmbH wollen sich die Gesellschafter gemeinsam neue Beschaffungskanäle und Marktzugänge erschließen. „Wir können jetzt schneller und flexibler auf Marktveränderungen reagieren, Mengen wieder am Markt verkaufen und natürlich Synergieeffekte nutzen“, bringt Josef Loscar, einer der beiden Geschäftsführer der Plattform Energie GmbH, die Vorteile auf den Punkt.

Statt wie früher stichtagsbezogen einzukaufen, beziehen die an der Plattform Energie GmbH beteiligten Versorger nun das benötigte Erdgas nach den aktuellen Marktentwicklungen. Durch eine kombinierte Beschaffung können zudem Portfolioeffekte erzielt werden. „Das schafft allen Mitgliedern ganz klar Wettbewerbsvorteile, denn eine günstige Beschaffung ist die Basis für marktfähige Verbraucherpreise“, so Martin Heun, ebenfalls Geschäftsführer der Plattform Energie GmbH.

Das junge Unternehmen startet mit einer ansehnlichen Menge: Für das Gaswirtschaftsjahr 2010/2011 sollen rund 5 Milliarden Kilowattstunden an den Märkten beschafft werden. „Mit

der Plattform Energie GmbH haben wir in Südbayern den Beginn einer zukunftsweisenden Beschaffung eingeläutet und ein neues Niveau erreicht“, erklärt dazu Josef Loscar.

Offen für neue Gesellschafter

Die Gesellschafter der Plattform Energie GmbH setzen sich aus südbayerischen Stadtwerken und der Erdgas Südbayern GmbH zusammen. „Wir sind alle Partner auf Augenhöhe und halten unser Geschäftsmodell auch für weitere Gesellschafter aus dem Bereich der Stadtwerke offen“, so Josef Loscar. Firmensitz der neuen Beschaffungsplattform ist Bad Aibling. **□**

Die Mitglieder der Plattform Energie GmbH auf einen Blick:

- Energieversorgung Ergolding-Essenbach GmbH
- Erdgas Südbayern GmbH
- Erdgasversorgung Erding GmbH & Co. KG
- Gas und Wärme GmbH Bad Aibling (GWBA)
- Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen
- Gemeindewerke Holzkirchen GmbH
- Gemeinde Kiefersfelden, Gemeindewerke Kiefersfelden
- GVD Gasversorgung Dorfen GmbH
- Innogas GmbH
- KEW Karwendel Energie und Wasser GmbH
- Stadt Bad Reichenhall, Stadtwerke Bad Reichenhall
- Stadt Landau a.d. Isar, Stadtwerke Landau a.d. Isar
- Stadtwerke Bad Tölz GmbH
- Stadtwerke Passau GmbH
- Stadt Pfarrkirchen, Stadtwerke Pfarrkirchen
- Stadtwerke Traunstein GmbH & Co. KG
- Stadtwerke Vilshofen GmbH
- Tegernseer Erdgasversorgungsgesellschaft mbH & Co. KG **□**

„Beim Klimaschutz gibt es nur eine Wahl: Mitmachen!“

Franz Schnitzenbaumer ist Bürgermeister der Gemeinde Schliersee und Mitbegründer der „Initiative Zukunftsentwicklung Schliersee“. Er hat sich für CO₂-neutrales Erdgas der ESB entschieden und ist damit ein Vorbild für den Klimaschutz.



Entscheiden auch Sie sich jetzt für das CO₂-neutrale Erdgas der ESB mit Klimaschutzgarantie.

+++ Neutralisierung der gesamten CO₂-Emission aus der Erdgasverbrennung +++ aktive Förderung von Projekten zur Gewinnung erneuerbarer Energien +++ auf Wunsch Neutralisierung des gesamten CO₂-Footprints durch Klimaschutz-Zertifikate +++ zertifiziert und überwacht durch den TÜV Nord +++

Wir beraten Sie gerne. Terminvereinbarungen unter Tel. 0 18 01/56 57 58* oder per e-Mail an klimaschutz@esb.de

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · www.esb.de
* 3,9 Ct./Min. im dt. Festnetz, abweichende Mobilfunkgebühren

ESB
Erdgas Südbayern

Von Wind und Sonne profitieren

Leipzig. Der Klimawandel schreitet voran und beherrscht fast täglich die Medien. Mit Energie muss bewusster umgegangen werden. Fossile Brennstoffe, wie Erdöl und Kohle, werden immer knapper. Gerade in diesen Zeiten bieten Sonne und Wind eine zukunftsweisende Alternative. In Deutschland zählt die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien zu den wichtigsten Wachstumsmotoren. Sie schafft Arbeitsplätze und eine zunehmende Unabhängigkeit gegenüber Energieimporten. Zudem tragen sie zum Umweltschutz bei.

Von der Nutzung regenerativer Energiesysteme können alle profitieren. Das Leipziger Unternehmen Green Energy 3000 GmbH hat sich auf die Entwicklung und Realisierung von Windkraft- und Solarparks spezialisiert und errichtete bereits zahlreiche Windparks mit einer Gesamtleistung von 57 MW sowie Solarparks mit einer Leistung von 14 MWp. Damit versorgt die Green Energy 3000 GmbH schon jetzt mehr als 24.000 Haushalte mit Strom und spart jährlich über 66.000 Tonnen an CO₂ ein.

Beitrag zum Umweltschutz

Das Unternehmen möchte auch weiterhin einen Beitrag zum Umweltschutz leisten und sucht deshalb für zukünftige Projekte Frei- und Dachflächen, wie zum Beispiel auf Dächern gewerblicher Immobilien, Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen, die über große Nutzflächen verfügen.

Das Unternehmen bietet zudem für Interessierte eine Investitionsmöglichkeit, denn regenerative Energien leisten nicht nur einen Beitrag zum Umweltschutz, sondern sind durch staat-

liche Förderungen und steuerliche Vorteile rentable Anlagenobjekte. Zur Ertragsoptimierung errichtet die Green Energy 3000 GmbH sogenannte zweiachsigen nachgeführten Solartracker von DEGERnergie, aus Horb am Neckar. So werden auf einer dreh- und schwenkbaren Fläche bis zu 60 m² Solarmodule immer optimal zur Sonne ausgerichtet, wodurch jährlich ein Mehrertrag von etwa 35 % im Vergleich zu einer festaufgeständerten Anlage erreicht wird. Das bedeutet für den Investor natürlich auch eine höhere Rendite von über 5 Prozent.

Bürgerbeteiligung

Green Energy 3000 GmbH setzt bei der Finanzierung ihrer Solar- und Windparks auf das Modell der Bürgerbeteiligung. Jeder kann mit geringem Eigenkapital investieren und trägt zum Umweltschutz bei, denn zahlreiche Kreditinstitute finanzieren die Investition in Erneuerbare Energien. Des weiteren erhält jeder Investor eine Anlage mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren, die während der gesamten Laufzeit professionell betreut wird.

Die Eigentümer der Grundstücke, auf denen eine Windkraft- oder Solaranlage errichtet wird, erhalten durch einen langfristigen Pachtvertrag von mindestens 20 Jahren ein attraktives, gesichertes Einkommen.

Intensive Zusammenarbeit

Green Energy 3000 GmbH hat in der Vergangenheit bereits intensiv mit Gemeinden und Genehmigungsbehörden zusammen gearbeitet und mehrere Projekte verwirklicht, so dass be-

reits jetzt ein Großteil des in den jeweiligen Ortschaften verbrauchten Stroms vor Ort aus regenerativen Energien erzeugt wird.

Solarpark im Raum Amberg

Aktuell entsteht in der Oberpfalz, im Raum Amberg, auf einer Fläche von 13 Hektar ein weiterer Solarpark mit 159 zweiachsigen nachgeführten Solartrackern. Der „Solarpark Schnaittenbach“ wird der 4. Solarpark dieser Art sein, den die Green Energy 3000 GmbH errichtet. Green Energy 3000 hat bereits Solarparks in Penig (Sachsen) mit 118, in Wörkerszell (Bayern) mit 270 und in Kallmünz (Bayern) mit 138 Solartrackern errichtet.

Informationen zu den Projekten unter www.ge3000.de □

Sponsorpool Bayern und E.ON Bayern AG:

Forscherschule des Jahres ausgewählt

Sonderpreis 2009 geht an das Joseph-von-Fraunhofer-Gymnasium Cham

Das Joseph-von-Fraunhofer-Gymnasium Cham ist „Bayerische Forscherschule des Jahres 2009“. Der begehrte Sonderpreis des Sponsorpools Bayern der Stiftung Jugend forscht e. V. ist mit 3.000 Euro dotiert und wurde bei einer Festveranstaltung in der Pausenhalle der Siegerschule übergeben.

Die siegreiche Forscherschule beeindruckt durch zahlreiche kreative Ideen bei der Profilierung der naturwissenschaftlichen Fächer und fördert den Nachwuchs an qualifizierten Akademikern in diesem Bereich nachhaltig. Neben einem lebendigen, am Experiment orientierten Unterricht bietet auch der von OstR

Robert Wagenbrenner geleitete Erfinderclub „Nussknacker“ den idealen Nährboden für erfolgreiche Teilnehmer bei den Wettbewerben „Jugend forscht“ oder „Schüler experimentieren“. Auf der renommierten Erfindermesse IENA sind die Jungforscher aus Cham ebenfalls regelmäßig vertreten. Zudem betreibt das Gymnasium eine vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit. Der Stellenwert und die Attraktivität der Naturwissenschaften allgemein werden vor Ort dorthin gerückt, wo sie hin gehören – in den Fokus des öffentlichen Interesses.

In einer Region, die weder eine Universität noch eine Fachhochschule beheimatet, übernimmt das Joseph-von-Fraunhofer-Gymnasium eine wichtige Rolle als Mutmacher bei der Ausbildung zukünftiger Führungskräfte. Es weckt den Erfinder- und Ingenieursgeist der jungen Menschen und bildet eine aktive Keimzelle für Innovation im Lebens- und Wirtschaftsraum Cham. Die Auszeichnung als „Bayerische Forscherschule des Jahres“ ist für die pfiffigen Jungforscher und ihre engagierten Betreuungslehrer logische Konsequenz und verdienter Lohn zugleich.

Insgesamt hatten die Leiter der Regionalwettbewerbe von Jugend forscht Bayern in diesem Jahr zehn Schulen für den Sonderpreis vorgeschlagen. Bei der Bewertung durch die Jury lieferten sich zwei Gymnasien ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Dazu zählte neben der späteren Siegerschule auch das Katharinen-Gymnasium Ingolstadt. Beide Bildungseinrichtungen waren bereits mehrfach als Forscherschule des Jahres in Bayern nominiert und haben über Jahre hinweg zahlreiche Wettbewerbssteilnehmer bei Jugend forscht betreut sowie zu beeindruckenden Erfolgen geführt.

Auf Vorschlag der bayerischen Wettbewerbsleiter von Jugend forscht hat eine Jury, der neben Vertretern der Landeswettbewerbsleitung auch der Patenbeauftragte der E.ON Bayern AG und ein Vertreter des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus angehören, die Siegerschule ausgewählt. Prämiert werden Schulen, die den Forschernachwuchs in außergewöhnlicher Weise fördern. Die Verwendung der Mittel ist zweckgebunden und soll für die Laborausstattung im naturwissenschaftlichen Bereich verwendet werden. □

Bayerische Wasserkraftwerke:

Verlässliche Energiequelle

LVBW-Generalversammlung in Regensburg

Bei der 60. Generalversammlung des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke eG in Regensburg plädierte Vorstandsvorsitzender Franz Hirschmann für den Schutz der heimischen Wasserkraft als effizienteste Form der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Ziel des LVBW sei es nach wie vor, auf den volks- und privatwirtschaftlichen Wert der Kleinkraftwerke hinzuweisen, durch fachkundliche Beratung den Werken zu helfen und ihre Interessen der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten.

Hirschmann wies zunächst darauf hin, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft 2008 erfreulicherweise zugenommen habe und nun mit 21,8 Mrd. kWh an dritter Stelle liege. Die Revitalisierung von Klein- und Kleinstkraftwerken könnte laut Hirschmann dazu beitragen, dass mittelfristig bis zu 7 % der Stromerzeugung in Deutschland durch den regenerativen Energieträger Wasser gedeckt wird. Einen Ansporn dazu gebe das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2009.

Hirschmann verwies auf eine seiner Ansicht nach „wesentliche Verbesserung im Bereich Wasserkraft“, nämlich die längst überfällige Erhöhung der Vergütung (bei ökologischer Verbesserung) auf 11,67 Ct/kWh, bzw. bei Neuanlagen auf 12,67 Ct/kWh. Weniger erfreulich sei jedoch, dass die Vergütungsdauer auf 20 Jahre begrenzt ist und hohe Restwassermengen oft zu einem Leistungsverlust führten. Zudem seien Anlagenbetreiber nunmehr verpflichtet, Kraftwerke, deren Leistung 100 kW übersteigt, mit einer technischen und betrieblichen Einrichtung zur ferngesteuerten Reduzierung der Einspeiseleistung auszustatten, auf die der Netzbetreiber zugreifen darf.

Platz behaupten

Viele Belange der Wasserkraft würden inzwischen auf Bundesebene entschieden, fuhr der Vorstand fort. Durch die Mitgliedschaft des LBW im Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) „verleihen wir der Wasserkraft Gewicht, das auch über den Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) zur Wirkung kommt“. „In Zukunft müssen wir unseren Platz neben Photovoltaik, Windkraftwerken oder Biomasse behaupten, die uns zum Teil mit Mitgliederzahlen übertrumpfen, die wir aus vielfältigen Gründen nicht erreichen können“, so Hirschmann. Es gebe bundesweit eben nur ca. 7.500 Wasserkraftwerke und etwa 4.200 in Bayern.

Aus Sicht des Vorsitzenden ist es vor allem die Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden und die Mitwirkung im Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke, die dazu beitragen kann, notwendige Verbesserungen zu erzielen (z. B. eine höhere Vergütung bei ökologischer Verbesserung), schon erreichte Positionen zu behaupten (z. B. Bestandsschutz für Altrecht und Bewilligungen) sowie drohende Verschlechterungen abzuwenden (z. B. überzogene Restwassermengen). Hirschmanns Appell: „Alle Kraftwerksbetreiber sollten versuchen, noch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und so vor Ort zeigen, wie die Stromerzeugung mit Turbinen aus Wasserkraft funktioniert.“

Laut Wolfgang Lazik, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der in Vertretung von Umweltminister Markus Söder referierte, trägt Wasserkraft zur Zeit mit einer Jahreserzeugung von 13.000 GWh einen Anteil von 16 bis 18 Prozent zur Gesamtstromerzeugung und ca. 66 Prozent zur regenerativen Energieerzeugung in Bayern bei. Mit Strom aus bayerischen Wasserkraftwerken ließen sich der zweifache Bedarf Münchens decken oder 13 Städte der Größe Regensburgs versor-

gen. 5 % der Wasserkraftanlagen über 1000 kW erzeugten dabei über 90 Prozent des Wasserkraftstromes, weit über die Hälfte des in Deutschland produzierten Wasserkraftstroms stamme aus den rund 4.250 bayerischen Wasserkraftanlagen. Aber auch die rund 4000 Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen unter 1000 kW erzeugten über 1 Milliarde kWh Strom pro Jahr, was immerhin dem Jahresstrombedarf von ca. 250.000 Haushalten entspreche.

Gerade weil die Bayerische Staatsregierung auch die Probleme der internationalen Energievernetzung ebenso erkenne wie die Endlichkeit fossiler Brennstoffe, will der Freistaat Lazik zufolge die Stromerzeugung aus Wasserkraft erhalten und, wenn möglich, „maßvoll, behutsam und umweltverträglich ausbauen“. Ziel der Bayerischen Staatsregierung sei es deshalb, bis 2020 die Stromerzeugung aus Wasserkraft naturverträglich um bis zu 10 Prozent zu erhöhen, im wesentlichen durch Modernisierung und Erweiterung bestehender Standorte von Wasserkraftanlagen und unter Berücksichtigung der gewässerökologischen und naturschutzfachlichen Belange (Anforderungen aus der europäischen Wasserrahmenrichtlinie oder Natura-2000-Richtlinie).

Wie Lazik bemerkte, sei die Wasserkraftnutzung unbestritten mit Eingriffen in Gewässer und Natur verbunden, woraus sich ein Zielkonflikt zwischen dem gewünschten Zuwachs an regenerativer, CO₂-freier Energie einerseits und dem Erhalt freier Fließgewässer andererseits ergebe, der häufig um so größer sei, je kleiner die Wasserkraftanlage und je ökologisch bedeutsamer das Gewässer ist. Ein wertvoller Baustein gemeinsamer Wasserkraftpolitik sei daher das sog. Eckpunktepapier vom November 2006, das auf eine nachhaltige Wasserkraftnutzung abzielt.

Kompromisse finden

„Um den Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes gerecht zu werden, haben Modernisierung, Ausbau und Erweiterung bestehender Anlagen Priorität, wobei die Forderung der Wasserrahmenrichtlinie nach dem guten ökologischen Zustand bzw. guten ökologischen Potential kein Widerspruch zur Wasserkraftnutzung sein muss“, fuhr der Amtschef fort. Die Wasserrahmenrichtlinie bündle lediglich die Anstrengungen, die Gewässerökologie zu verbessern, im Widerstreit der – berechtigten – Interessen der Betreiber von Wasserkraftwerken einerseits und den ebenso berechtigten Interessen der Öffentlichkeit und der Naturschutzverbände einen beiderseitigen Dialog herzustellen, der, wo dies möglich und ökologisch vertretbar ist, die Wasserkraft stärkt, und dort, wo ökologische Maßnahmen notwendig sind letztlich doch zu einem von allen Beteiligten getragenen Ergebnis führt. Von diesem Ergebnis sollten sowohl Wasserkraft als auch Natur- und Gewässerschutz profitieren können.

Lazik gab dem Wunsch Ausdruck, dass in möglichst vielen Fällen Kompromisse gefunden werden können, die beiden Seiten gerecht werden, um Wasserkraft und Ökologie gleichermaßen für die Zukunft fit zu machen. **DK**



**Wir suchen
Frei- und Dachflächen für unsere
Solar- und Windparkprojekte**

**Wir bieten Ihnen
attraktive Investitionen
in Erneuerbare Energien**

Green Energy 3000 GmbH, Torgauer Straße 231, 04347 Leipzig
Tel.: 0341 - 35 56 04 0, E-Mail: info@ge3000.de
www.ge3000.de

Stadtwerke Hannover AG:

Thüga-Kaufvertrag unterzeichnet

Der Kaufvertrag zum Erwerb der Thüga AG von der E.ON AG ist nunmehr unterzeichnet worden. Für das kommunale Erwerberkonsortium Integra/KOM9 unterzeichneten den Vertrag Michael Feist (enercity), Dr. Constantin H. Alsheimer (Mainova AG), Herbert Dombrowsky (N-ERGIE Aktiengesellschaft), Dr. Thorsten Radensleben (badenova, als Sprecher der KOM9) und für die E.ON AG, Lutz Feldmann, für die E.ON Ruhrgas AG, Dr. Bernhard Reutersberg.

Die Zustimmung aller erforderlichen Gremien auf der Käufer- bzw. Verkäuferseite ist erfolgt. Die Finanzierung des Kaufpreises steht bereit. Der Vollzug des Erwerbs steht nun ausschließlich noch unter dem Vorbehalt der Freigabe durch das Bundeskartellamt, die noch in diesem Jahr erwartet wird.

(Nürnberg) werden jeweils rund 20,75 Prozent der Thüga-Anteile übernehmen. Die Stadtwerkgruppe „KOM9“ erwirbt rund 37,75 Prozent der Stadtwerke-Holding. In der KOM9 haben sich mehr als 45 kommunale Versorgungsunternehmen aus ganz Deutschland zusammengeschlossen.

AG (40 Prozent), an den Stadtwerken Duisburg (20 Prozent) sowie an den Stadtwerken Karlsruhe (10 Prozent) sollen an die E.ON Ruhrgas übertragen werden. Für die so verkleinerte Thüga wurde ein Kaufpreis von rund 2,9 Milliarden Euro vereinbart. Die Thüga AG wird über die Integra Energie GmbH & Co. KGaA erworben.

Erweitertes Netzwerk

Das bestehende starke kommunale Netzwerk, das durch die Beteiligungen der Thüga an mehrheitlich kommunalen Energieversorgungsunternehmen gebildet wird, wird auch künftig erhalten, gestärkt und weiter ausgebaut werden. Der Ausbau von Kooperationsfeldern der Beteiligungsunternehmen mit der Thüga wird die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestehender und Wachstum in neuen Geschäftsfeldern ermöglichen. Der Vorstand der Thüga AG wird seine erfolgreiche Arbeit auf dieser Basis unter der Leitung von Ewald Woste als Vorstandsvorsitzenden fortsetzen.

„Mit dem Thüga-Erwerb setzt energcity seine Wachstumsstrategie konsequent fort“, sagt Michael G. Feist, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Hannover AG. „Wir haben mit dem Verbundmodell Thüga die Möglichkeit, auf wichtigen Wertschöpfungsstufen zu kooperieren. Dies stärkt unsere Marktposition als wettbewerbsfähiges kommunales Unternehmen.“

Stärkerer kommunaler Einfluss

„Mit dem Erwerb der Thüga AG stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen“, erklärt Dr. Constantin H. Alsheimer, Vorstandsvorsitzender der Mainova AG. „Über die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten in der Gruppe werden sich große unternehmerische Chancen ergeben. Außerdem wird der kommunale Einfluss, der mit Blick auf die in den Unternehmen befindliche Infrastruktur der Energie- und Wasseretze von Bedeutung ist, abgesichert und gestärkt werden.“

„Wir wollen die einmalige Chance nutzen, die Thüga AG als strategische und operative Holding für die kommunal bestimmten Versorgungsunternehmen zu erhalten und so die Chancen dieses Geschäftsmodells für die Zukunft sichern“, so Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft. „Wir erwarten mittel- und langfristig positive Effekte in allen Wertschöpfungsstufen.“

Meilenstein

„Es ist ein Meilenstein für die Kommunalwirtschaft“, ergänzt badenova Vorstandsvorsitzender Dr. Thorsten Radensleben, der für den KOM9-Verbund die Verhandlungen geführt hat. „Wir sind schon sehr weit fortgeschritten in einem Prozess, der die bundesdeutsche Energieszene nachhaltig verändern wird. Kooperationen gelten heutzutage in der Energiewirtschaft als die beste Strategie, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das Thüga-Netzwerk ist bereits eine solche Kooperation, und zwar sehr erfolgreich, mit funktionierenden Regeln, erprobten Feldern der Zusammenarbeit und einem leistungsfähigen Management. Das hat sich auch in den Vorbereitungen des Thüga-Kaufes wieder in der hervorragenden und konstruktiven Zusammenarbeit unter den KOM9-Unternehmen gezeigt.“



V. l.: Dr. Constantin H. Alsheimer, Mainova AG, Dr. Thorsten Radensleben, badenova (Sprecher der KOM9), Dr. Bernhard Reutersberg, E.ON Ruhrgas AG, Lutz Feldmann, E.ON AG, Michael Feist, energcity Herbert Dombrowsky, N-ERGIE AG.

Die Integra-Konsorten energcity (Stadtwerke Hannover AG), Mainova AG (Frankfurt) und N-ERGIE Aktiengesellschaft

Die Thüga-Beteiligungen an der GASAG Berliner Gaswerke AG (36,85 Prozent), an der HEAG Südthessische Energie

Studie zum Ausbau der bayerischen Wasserkraft:

Ökologie und Ökonomie im Einklang

In München präsentierten die drei großen bayerischen Wasserkraftunternehmen E.ON Wasserkraft GmbH, Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) und Rhein-Main-Donau AG Einzelheiten aus ihrer in Auftrag gegebenen Studie zu den Ausbaupotentialen der Wasserkraft in Bayern. Wie BEW-Geschäftsführer Dr. Frank Pöhler erläuterte, könnten pro Jahr 1.300 Gigawattstunden (GWh) CO2-freier Strom zusätzlich erzeugt werden.

Christof Gattermann, Kaufmännischer Geschäftsführer der E.ON Wasserkraft GmbH, machte deutlich: „Wir können und wollen damit zusätzliche regenerative Energie für über 370.000 Haushalte bereitstellen und damit fast eine Million Tonnen Kohlendioxid pro Jahr zusätzlich einsparen.“

Mögliches Potential

Das benannte Potential bezieht sich auf die Flüsse Donau, Inn, Isar, Lech, Iller, Main und Wertach. Es kann durch eine Steigerung der Stromproduktion durch Modernisierungsmaßnahmen, durch Leistungssteigerungen an bestehenden Kraftwerken, durch den Neubau von Kraftwerken an bestehenden Querbauwerken und durch den Neubau von Kraftwerken an bisher noch nicht

genutzten Standorten realisiert werden. Dabei stellt die Studie das mögliche Potential, jedoch noch keine konkreten Umsetzungspläne dar.

„Die Potentialstudie und unsere Investitionen in eine ökologische Aufwertung der bayerischen Flüsse stehen gemeinsam für die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher und naturnaher Nutzung. Wir können Klimaschutz und Gewässerschutz in Einklang bringen“, fasste Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, zusammen.

Schon bisher leistet die Wasserkraft in Bayern einen bedeutenden Beitrag zur CO2-freien Stromerzeugung. Im bayerischen Energiemix trägt die Wasserkraft mit 16,9 % bzw. 66,3 % innerhalb der erneuerbaren Energien dazu bei, die Klimaziele der Staatsregierung zu erreichen. **DK**



Das Wasserkraftwerk Günzburg.

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.



Alle 120 Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 21.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Agenda-Wettbewerb 2009:

„Gemeinsam für den Klimaschutz“

15 Preise in drei Kategorien – Preisverleihung durch Umweltminister Söder

Im Rahmen des Tags der Regionen fand im Freilichtmuseum Bad Windsheim die Preisverleihung des Agenda-Wettbewerbs „Gemeinsam für den Klimaschutz“ statt. Umweltminister Markus Söder prämierte begonnene, bereits abgeschlossenen oder geplante Projekte in den Kategorien „Ganzheitliche Energie- und Klimaschutzkonzepte“, „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und „Einzelprojekte für den Klimaschutz“. Insgesamt wurde ein Preisgeld von 36.000 Euro vergeben, das sich auf 15 Einzelpreise verteilte.

Zielgruppe des Wettbewerbs waren Kommunen, Vereine, Verbände, kirchliche Einrichtungen, ähnliche gemeinnützige juristische Personen sowie Akteure, die in der Bildung für Nachhaltige Entwicklung tätig sind. Vertreter von Städte- und Gemeindetag, Umweltbeauftragte der Kirchen, Vertreter des Landesamts für Umwelt, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung sowie ein Vertreter des Nationalkomitees zur UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung bildeten die fachkompetente Jury.

In der Kategorie 1 „Ganzheitliche Energie- und Klimaschutzkonzepte“ errang die Gemeinde Wildpoldsried (Landkreis Oberallgäu) den 1. Preis. „Wildpoldsried Innovativ Richtungsweisend – WIR“: Unter diesem Motto wird unter Einbindung der Bürger seit Jahren ein ökologischer Weg gegangen. Mit den Leitthemen „Regenerative Energieerzeugung und Energieeinsparung“, „Bauen mit Holz“, „Schutz von Wasser und ökologische Abwasserreinigung“ wurden bereits viele Projekte umgesetzt. 2008 wurde im Gemeindegebiet 285 % des gesamten Stromverbrauchs regenerativ erzeugt. Ebenso werden alle kommunalen Gebäude und eine Vielzahl privater Anwesen mit Biomasse beheizt. Innovative Ideen werden von den Bürgern in Gemeinschaftsaktionen mitgetragen. Viele Maßnahmen, die als Pilotprojekte in Wildpoldsried starteten, fanden in anderen Gemeinden Nachahmer.

Der 2. Preis ging an die Stadt Merkendorf, Landkreis Ansbach. Ziel der Arbeitsgemeinschaft Energieforum Merkendorf ist es, einen höchstmöglichen Energie-selbstversorgungsgrad zu erreichen. Besonders hervorzuheben ist die Vielzahl öffentlicher, privater und unternehmerischer Aktivitäten mit jeweils unterschiedli-

chem Projektcharakter. Die verschiedenen Akteure, z. B. Unternehmen, Landwirte, Bildungseinrichtungen arbeiten bestens zusammen. Platz 3 errang die Kommunale Allianz Bibertal-Dillenberg (Landkreis Fürtth). Die Besonderheit dieses Projektes liegt unter anderem darin, dass sich sieben Gemeinden zusammenschlossen haben, um gemeinsam ein interkommunales Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Die Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen steht dabei im Vordergrund.

Gemeinden Reit im Winkl und Fraunberg

Anerkennungspreise erhielten die Gemeinden Reit im Winkl (Landkreis Traunstein) und Fraunberg (Landkreis Erding). Das Luftreinhaltungskonzept von Reit im Winkl kann auch für andere Tourismusorte als Beispiel dienen. Der dortige Tourismus bedingt einen hohen Energieverbrauch mit entsprechendem Schadstoffausstoß. Zur Sicherung der Lebens- und Erwerbsgrundlagen wurde die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe verwirklicht, die mit modernster Technik sauber verbrannt werden können. Fraunberg wiederum hat mit seiner Änderung des Flächen-nutzungsplans ein beispielgebendes Konzept zur Ressourcenschonung entwickelt. Der Schwerpunkt liegt auf der Um- und Nachnutzung bestehender Gebäude und bewirkt eine Reduzierung des Flächenverbrauchs.

In der Kategorie 2 „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ wurde der Abwasser- und Umweltverband Chiemsee mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Dieser setzt den Ansatz Fifty-fifty nachahmenswert um. Er sensibilisiert Schulen der Chiemseeregion, die beteiligten Schüler, Lehrer und

Elternjahrgänge für die Notwendigkeit und Durchführbarkeit aktiver Einsparmaßnahmen. Hervorzuheben sind die praktischen Impulse, wie Klimaschutz konkret von jedem einzelnen in die Tat umgesetzt werden kann.

Den 2. Preis holte sich die Stadt Waldmünchen (Landkreis Cham). Die Kommune und das Aktionsbündnis Cerchov zeigen herausragende grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Bildung für Nachhaltigkeit. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist das erste IHK-zertifizierte Energiewirt/in Seminar in Deutschland entstanden. Die Seminarbausteine in den Bereichen Kfz, Landwirtschaft und Heizungsbau erleichtern es, das Wissen über den Einsatz und die Anwendung regenerativer Energietechnologien gewinnbringend zu nutzen. Zusätzlich verbessern die Seminare die Berufsaussichten für die Absolventen.

Münchner Volkshochschule

Der 3. Preis ging an die Münchner Volkshochschule. Beim 4. Münchner Klimaherbst stand zwei Wochen lang das Thema Mobilität im Zentrum des Interesses. Das Projekt leistet durch die vielfestaltigen Aktionen (Lesungen, Diskussionen, Kunstprojekte, Ausstellungen, Exkursionen, Experimente und Erfahrungsaustausch mit Experten) eine Fülle von Möglichkeiten, sich zu aktuellen Fragen rund um den Klimaschutz zu informieren. Hervorzuheben sind neben den vielen Zielgruppen etwa 100 Institutionen und Organisationen, die sich als Projektpartner engagieren.

Anerkennungspreise erhielten die Umweltstation der Stadt Würzburg sowie die Katholische Kirchenstiftung Hl. Kreuz Strassberg. Die Sommerumweltwochen sind vermutlich die größte und umfangreichste Umweltbildungsveranstaltung für Kindergärten und Grundschulen in Unterfranken. Die Zielgruppe Vorschul- und Grundschulkin- der wird an mehr als 25 Stationen rund um das Thema Nachhaltigkeit vorbildlich erreicht. Diese vorbildliche Umweltbildungsak-

tion wurde bereits 1991 ins Leben gerufen. Die EMAS-Validierung der Pfarrei Heilig Kreuz Straßberg wurde durch das engagierte Mitwirken vieler Akteure in sehr kurzer Zeit realisiert. Die Kirchengemeinde ist damit wichtiger Vorreiter und Impulsgeber für die Pfarngemeindemitglieder und die Region.

Den 1. Preis in Kategorie 3 „Einzelprojekte für den Klimaschutz“ konnte die Gemeinde Ascha (Landkreis Straubing-Bogen) für sich verbuchen. Mit dem Ökobonussystem hat sie in vorbildlicher und innovativer Weise einen Anreiz zu Ressourcen schonendem Bauen gegeben. Berticksichtigte Aspekte sind dabei Energieeinsparung, standortgerechte Bebauung, Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit.

Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. konnte sich über einen 2. Preis freuen. Die Kreisgruppe Bad Kissingen hat mit kostengünstigen Wärmebildaufnahmen von Wohnhäusern ein sinnvolles und erfolgreiches Projekt ins Leben gerufen, um Hausbesitzer zu motivieren in Richtung Wärmedämmung aktiv zu werden. Zusätzlich zum Thema Klimaschutz werden die Hausbesitzer zu Förderprogrammen informiert. Die preisgünstige Ausgestaltung der Wärmebildaufnahmen führte zu einer sehr großen Nachfrage unter Hausbesitzern.

Platz 3 ging an Oekom e.V. mit dem Klimaspargbuch München. Dieses bietet ein interessantes Konzept, das auch gut auf andere Kommunen übertragen werden kann. Es vereint nützliche Tipps mit attraktiven Gutscheinen für einen nachhaltigen Lebensstil. Dadurch werden Klima und Geldbeutel geschont.

Mit Anerkennungspreisen wurden die Benediktinerabtei Münsterschwarzach (Landkreis Kitzingen) und die Stadt Herzogenaurach (Landkreis Erlangen-Höchststadt) bedacht. Die Abtei übernimmt mit ihrem Konzept eine Vorbildrolle innerhalb der Region und darüber hinaus. Mit einem umfangreichen Konzept und tatkräftige Realisierung der vielen Einzelmaßnahmen verfolgt sie nachahmenswert das Ziel 2010 mit regenerativen Energieträgern aus der Region autark zu sein. Mit dem Anerkennungspreis der Stadt Herzogenaurach wird das besondere ehrenamtliche Engagement einer Einzelperson gewürdigt. Ehrenamtlich werden in Herzogenaurach Stromsparberatungen in Haushalten durchgeführt und Energiesparpotentiale ermittelt. **DK**

E.ON Bayern Wärme GmbH:

Poinger Geothermie-Projekt im Plan

Die Arbeiten für das Geothermie-Projekt der E.ON Bayern Wärme GmbH in Poing liegen weiterhin im Zeitplan. Mit dem Einbau der Tiefenpumpe im Bohrloch an der Senator-Gerauer-Straße wurde ein letzter wichtiger Projektabschnitt in Angriff genommen: Die rund 20 m lange und mit allen Anbauteilen 5 t schwere Tiefenpumpe wurde mit zwei Autokranen in die vorhandene Verrohrung der Förderbohrung eingebracht und auf 300 m Tiefe eingebaut. Die Spezialpumpe kostet einschließlich des Einbaus rund 500.00 Euro.

Läuft alles nach Plan, kann voraussichtlich in der 47. Woche die Inbetriebnahme der Pumpe erfolgen. Aus einer Tiefe von rund 3.000 m fördert die elektrisch betriebene Pumpe dann ca. 100 l/s des dort zur Verfügung stehenden Thermalwassers mit rund 85 °C.

Die bereits fertig gestellte 750 m lange Doppelleitung bringt das Thermalwasser zur Heizzentrale in der Gruber Straße. Hier sind die Wärmetauscher fertig montiert und an die vorhandene Versorgungstechnik (Blockheizkraftwerk) angebunden. Aus der Heizzentrale erfolgt über das bestehende Fernwärmenetz die Belieferung der rund 340 Kunden.

Darüber hinaus sind auch sämtliche Elemente der Infra-

struktur des Poinger Geothermie-Projekts, wie die Förder- und Verpresstechnik mit dem Sicherheitsbehälter, die gesamte elektronische Steuerungs- und Überwachungstechnik sowie sämtliche Gebäudeneubauten, fertig gestellt bzw. stehen kurz vor der Vollendung. Damit steht dem geplanten Probetrieb der Geothermie-Anlage Ende 2009 nichts mehr im Wege.

Die E.ON Bayern Wärme GmbH, eine hundertprozentige Tochter der E.ON Bayern AG, investiert in das Poinger Geothermie-Projekt mit den zwei Bohrungen einschließlich der Förder- und Verpresstechnik, Thermalwasser-Leitungen und der wärmetechnischen Einbindung in die Heizzentrale in der Gruber Straße rund 30 Millionen Euro. **□**

Ideenreiche Nürnberger Schulen:

10 Jahre Energie- und Wassersparprogramm KEiM

„Klasse Klima durch die Schulen! – Welchen Beitrag können Schulen zum Klimaschutz leisten?“ lautete das Thema einer Fachtagung in Nürnberg. Hintergrund war das erfolgreiche Energie- und Wassersparprogramm KEiM (Keep Energy in Mind) für Nürnberger Schulen, das dieses Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert.

Referenten waren Kerstin Bockhorn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt zum Thema „Der globale Klimawandel – auch in Bayern?“ und Prof. Dr. Lenelis Kruse-Graumann von der FernUniversität Hagen zu den Themen „Wider besseres Wissen – was hindert uns am umweltbewussten Handeln?“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion erörterten Schulbürgermeister Dr. Klemens Gsell, Umweltreferent Dr. Peter Pluschke sowie Hochbauamtsleiter Wolfgang Vinzl gemeinsam mit den Fachreferenten, welchen Beitrag Schulen zum Klimaschutz leisten können.

Gsells Würdigung

Im Anschluss an die Fachtagung fand die diesjährige Preisverleihung beim Energie- und Wassersparprogramm KEiM (Keep Energy in Mind) für Nürnberger Schulen statt. Bürgermeister Dr. Klemens Gsell würdigte Lehranstalten mit besonders großem Engagement im Bereich Energie- und Wassersparen.

Beitrag zum Klimaschutz

Ziel des Programms KEiM ist es, den Verbrauch an Heizenergie, Strom und Wasser an den Schulen zu reduzieren und dadurch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Besonders hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Schule und Bau, wodurch eine größtmögliche Unterstützung der Schulen bei ihren Projekten möglich ist.

Die langjährige Kooperation zwischen dem Pädagogischen Institut (PI) und dem Kommunalen Energiemanagement (KEM) im Hochbauamt hat sich in den vergangenen zehn Jahren bewährt. Die Schulen erhalten Unterstützung bei allen technischen

Fragen von Seiten des KEM, das unter anderem die Schulen nach energetischen Schwachstellen untersucht. Das PI betreut die Schulen bei pädagogischen Fragen und fungiert als Koordinationszentrale zwischen den städtischen Einrichtungen.

Das Programm KEiM setzt bei einer Änderung des Nutzerverhaltens an. Bürgermeister Gsell freute sich, dass allein durch den bewussten Umgang mit Energie viel Geld eingespart werden konnte. Im Jahr 2008 haben die Schulen durch intensive Anstrengungen insgesamt 645.000 Euro gespart.

Drei-Ebenen-Modell

Um die Bemühungen der Schulen zu belohnen und zur weiteren Motivation wird ein Teil dieser Gelder in Form von Bonusgeldern wieder ausgeschüttet: So bekommen alle Schulen anteilig ihrer realen, technischen Einsparungen Gelder zurück. Daneben erhalten alle Schulen, die ihre pädagogische Arbeit an den Themen Energie- und Wassersparen dokumentieren, eine Grundprämie von 1000 Euro. Handelt es sich bei der pädagogischen Arbeit um besonders herausragende Projekte, werden diese außerdem noch mit einer Sonderprämie von 1500 Euro ausgezeichnet. Dieses innovative Drei-Ebenen-Modell der Stadt Nürnberg hat sich bewährt.

Triebfedern des Erfolgs

Schier unerschöpflich ist der Ideenreichtum der Schulen zum Thema Energie- und Wassersparen. Triebfedern des Erfolgs in den Schulen sind in erster Linie die Betreuungslehrkräfte für KEiM und die Hausmeister. Für die Entwicklung und Umsetzung der Ideen spielen dann die SchülerInnen und Schüler die Hauptrolle. **DK**

LEW

Lechwerke



NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter www.lew.de oder unter der **kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1**.

VORWEG GEHEN

„biomasse 2009“ und „Holz Erleben 09“:

12.000 Besucher in Straubing

Nachwachsende Rohstoffe, Solarenergie, weitere regenerative Energien und die Veredelung von Holz waren die Themen, die in Straubing Fachleute und Endverbraucher in großer Zahl auf das Messegelände lockten. In der Messehalle und auf dem Freigelände Am Hagen wurden die „biomasse 2009“ und die „Holz Erleben 09“ gemeinsam veranstaltet.

„Die Ausstellervielfalt, die Aktualität der Messthemen und die angebotenen Vorträge haben in idealer Weise das Besucherinteresse angesprochen. Der Feiertag, ein verkaufsoffener Sonntag in der Innenstadt und strahlender Sonnenschein haben ein Übriges dazu beigetragen, dass mit 12.000 Besuchern unsere Erwartungen mehr als erfüllt wurden“, zog Gilbert Krapf, Geschäftsführer der messeveranstaltenden biomasse gmbh ein erfreuliches Resümee.

Eröffnungsrundgang mit Minister Brunner

Die Schirmherrschaft für das Messe-Duo hatte der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, übernommen. Er gab den Start des Messe-Duos bekannt und informierte sich gemeinsam mit zahlreichen Besuchern und Ehrengästen bei einem geführten Rundgang über neueste Branchentechnik und Innovationen.

Den Ausstellern und Besuchern der „biomasse 2009“ und der „Holz Erleben 09“ wünschte Landwirtschaftsminister Brunner in seiner Rede zur Messeeinleitung „Gute Gespräche und gute Geschäfte“ - ein Wunsch, der sich postwendend erfüllen sollte.

Tschechien als Messepartnerland

Das Messepartnerland Tschechien stellte sein Land unter den Aspekten Wald, Wild und Tourismus vor und gestaltete den Ausstellerempfang als bunten Abend mit musikalischer Umrahmung.

Messeorganisator Walter Wallrapp von der biomasse gmbh freute sich über den regen Zulauf, den die Aussteller in der Messehalle und auf dem Freigelände zu bewältigen hatten. Über das bayerische Wirtschaftsministerium konnte auf der biomasse 2009 sogar eine

Gruppe aus Ghana und Nigeria begrüßt werden. Intensive Gespräche mit zum Teil bereits bestens vorinformierten Besuchern und zahlreiche Geschäftsabschlüsse konnten an den Ständen verzeichnet werden.

Anziehungsmagnet für zahlreiche Zuschauer

Stauende Zuschauer aller Altersgruppen prägten auch das Bild auf dem Messegelände. Kraftstrotzende Motoren und der typische Duft von frisch verarbeitetem Holz zogen hier die Besuchermassen an. Brennholzautomaten, Holzspalter und Häcksler sowie Rückewagen und eine Stroh-Pelletieranlage stellten ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis und gaben ein in dieser Form einmaliges Konzert.

Fachgespräche

C.A.R.M.E.N. und das Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald boten jeweils eine kostenfreie Fachgesprächsreihe an. Die Vorträge über Wärme und Strom aus Biomasse, Solar- und Windenergie sowie Wohnen und Leben mit Holz fanden vor interessiertem Publikum statt und waren häufig überfüllt.

Kinderbetreuung und Milchausschank

Dass Basteln und Malen mit nachwachsenden Rohstoffen Spaß macht, zeigte der rege Betrieb in der Spielecke, betreut vom Kinderhort St. Peter. Hier bot sich für kleine Prinzessinnen und flinke Tiger beim Werken mit Skulpturen aus Maisstärke ein buntes Programm, während sich die Eltern mit Fachwissen versorgten.

Am Stand des Bauernverbandes wurden kostenfrei Milch und Käse angeboten. Was am Ende in der Biotonne landete, war aber nicht Milch, sondern die für den Ausschank verwendeten Becher aus Polymilchsäure. □

Einladung zur Fachtagung:

Windkraft regional

Strom aus Wind, Energie aus der Region, Versorgung aus einer Hand: Mehr und mehr Regionen entdecken, dass die klimafreundliche Windenergie eine überaus ergiebige Stromquelle ist – direkt vor der Haustür und in eigener Hand. Viele Stadt- und Gemeindewerke zeigen sich deshalb gemeinsam mit ihren Kommunen an der Nutzung der regenerativen Ressource Wind sehr interessiert.

Gemeinsam mit der Hochschule Regensburg veranstaltet die Ostwindgruppe am 8. Dezember 2009 im Kulturspeicher Regensburg eine Fachtagung, die sich an Stadtwerke und Kommunen, Landkreise und kommunale EVUs richtet, um die Potenziale der Windkraft für eine unabhängige und klimafreundliche kommunale Energieversorgung vorzustellen. Ziel ist es, Fachinformationen aus erster Hand zu liefern und ein Forum für alle Fragen rund um die Realisierung von Windkraft in Bayern zu bieten.

Das Programm beginnt um 9 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Dr. Josef Eckstein von der Hochschule Regensburg zum Thema „Sonne, Wind und Co. im Fokus der angewandten Wissenschaften in Bayern“. Anschließend wird Claudia Grotz vom Bundesverband WindEnergie (BWE) sich unter dem Titel „Guter Wind weht auch in Bayern!“ mit den Potenzialen der Windkraft als regionale Energieressource beschäftigen.

„Praxis der Realisierung von Windprojekten“ und „Erneuerbare Energieversorgung konkret und kommunal“ lauten die Themen zweier Foren, die um 10.15 Uhr bzw. 13.30 Uhr beginnen werden. Während Forum 1 von Dr. Rolf Bungart, OSTWIND-Gruppe, Gerhard Falkenstein, DKB Deutsche Kreditbank AG und Klaus Sikora, Sterr-Kölln & Partner bestritten wird, nehmen am Forum 2 Stefan Schneidawind, Stadtwerke SÜC Coburg, der Ursensollner Bürgermeister Franz Mädl, Heribert Sterr-Kölln, ENDURA kommunal, und Dr. Thomas E. Banning, NATURSTROM AG, teil.

Nach einem Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Johann Jäger von der Universität Erlangen-Nürnberg zur „Versorgungszuverlässigkeit der Stromnetze - Perspektiven der Windenergie in Süddeutschland“ gibt Prof. Georg Scharfenberg, Hochschule Regensburg, gegen 16 Uhr eine Zusammenfassung und einen Ausblick zum Thema „Neue Fachkräfte braucht das Land! Fort- und Ausbildungsangebote für den Bereich „Erneuerbare Energien“ an bayerischen Hochschulen“. Damit endet das umfangreiche Programm. □

Energie aus städtischem Forst

Vorstellung der neuen Hackschnitzelanlage im Memminger BBZ

Der Memminger Stadtrat und zahlreiche weitere Gäste besichtigten bei einer Ortsbegehung die neue Hackschnitzelanlage im Berufsbildungszentrum Jakob Küner (BBZ). Diese Anlage ist Bestandteil eines Energiecontractings zwischen der Stadt Memmingen und der Firma Siemens. Dieses umfasste ein Investitionsvolumen von über drei Millionen Euro in 27 städtischen Gebäuden. Unter anderem Heizungsanlagen wurden in den letzten zwei Jahren umgerüstet, um eine jährliche Energieersparnis von 320 000 Euro zu erzielen.

Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bezeichnet das Energiecontracting als „erfolgreiche Maßnahme“. Erfreut zeigt er sich über die jährlichen CO₂-Einsparungen in Höhe von 160 Einfamilienhäusern. Auch der Projektverantwortliche der Firma Siemens, Michael Werner, ist vollen Lobes für das Projekt. Er misst die Emissionsminderung in einer anderen Einheit: die Einsparung entspreche rund neun Millionen PKW-Kilometern.

Teile des Stadtrates, der Schulleitungen, des Eltern- und Berufsschulbeirates sowie Schüler- und Firmenvertreter versammelten sich am frühen Abend im Hof des BBZ. Denn noch bevor es zur Besichtigung in die Heizräume geht, öffnet sich eine Ladeluke zum darunter liegenden Brennstoffspeicher. Unter lautem Getöse und zur Begeisterung der Anwesenden rauscht kurz darauf eine Anhängerladung getrockneter Hackschnitzel in die Grube. „50 Kubikmeter, das reicht für drei Tage“, kommentiert Schulhausmeister Gerhard Bauer. Das ist nicht weiter erstaunlich, schließlich versorgt die Heizanlage das BBZ einschließlich der Fachschule für Datenverarbeitung und der Business School, die Johann-Bierwirth-Schule, die Fach- und Berufsoberschule sowie zwei Turnhallen.

Wärme schlägt den Gästen entgegen, als Hausmeister Bauer den unscheinbaren Heizkessels öffnet und die Brennkammer zum Vorschein kommt. Stolze 720 Kilowatt Leistung hat die Anlage. Sie

spare Energie und CO₂ ein, sodass man wahrhaftig von Nachhaltigkeit sprechen könne, so Werner. Allgemein verwende die Politik diese Vokabel oft, hier trafe sie tatsächlich zu. Werner vergisst bei seinem Dank nicht die Hausmeister, schließlich komme ihnen eine wichtige Rolle, die versprochenen Einsparungen zu erzielen, zu.

Für die städtische Forstverwaltung geht nach ihrem Leiter, Ge-

Maßgebliche Rolle der Erneuerbaren Energien:

Bestätigung durch Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP finden sich einige wichtige Aussagen zur zukünftigen Erneuerbare-Energien-Politik. Auch die neue Koalition aus Union und FDP ist von der Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien überzeugt und betont die enormen Potenziale für Innovation, Wachstum und Beschäftigung, die der Umbau des Energiesystems mit sich bringen wird. Die angekündigte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke betrachtet die Branche jedoch als falsche Weichenstellung.

Den Hauptanteil an der Energieversorgung sollen in der Zukunft die Erneuerbaren Energien übernehmen. Dazu wollen CDU, CSU und FDP deren Ausbau entsprechend den bestehenden Zielvorgaben fördern sowie das EEG und den unbegrenzten Einspeisevorrang erhalten. „Mit dem Bekenntnis zum Erhalt des EEG und der Beibehaltung der Vorrangregelung wurde eine der zentralen BWE-Forderungen berücksichtigt. Damit wird an einer der wichtigsten Grundlagen der Erfolgsgeschichte der Windenergie in Deutschland festgehalten“, so Hermann Albers, Präsident des BWE.

Speicherfähigkeit befördern

Die zukünftige Bundesregierung will die Speicherfähigkeit der erneuerbaren Energien befördern, dies ist aus Sicht des BWE zu begrüßen. Ebenso wird die künftige Marktfähigkeit der Erneuerbaren Energien gefordert. In der EEG-Novelle von 2008, in Kraft seit dem 1.1.2009, sei man der letzteren Forderung mit der Einführung klarer Regeln für die Direktvermarktung bereits nachgekommen. Hier müsse nun die Akzeptanz beobachtet werden.

„Ein wichtiges Signal ist die Ankündigung, dass für eine gleichmäßige Versorgung ein Stetigkeitsbonus eingeführt werden soll“, so Albers. Der BWE werde sich an der Weiterentwicklung bereits bestehender Konzepte und an deren Umsetzung beteiligen. Die Förderung einer bedarfsgerechten Einspeisung sei aus Sicht des Verbandes eine zentrale Vorbedingung für die künftige Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien im Strommarkt. Insofern komme dieser Schritt zur rechten Zeit.

org Jutz, ein „langgehegter Wunsch in Erfüllung“. Erfreulich sei, dass man aufgrund des umfangreichen Stadt- und Stiftungswaldes – Jutz verwaltet 1250 Hektar – drei Viertel des Holzbedarfes selbst decken könne. Den Rest kaufe man privaten Waldbesitzern aus dem Umkreis von zehn bis fünfzehn Kilometern ab. □

Speziell im Bereich der Windenergie will sich die Bundesregierung zukünftig für verbesserte Rahmenbedingungen für das Repowering einsetzen. Wie diese Verbesserungen jedoch konkret ausgestaltet sein könnten, dazu wird in der Vereinbarung keine Angabe gemacht. Albers: „Hierzu wird der BWE in den kommenden Monaten weitere Vorschläge liefern“.

Planungssicherheit für Offshore-Windkraftanlagen wird ebenfalls explizit im Koalitionsvertrag angeführt. Die termingerechte Anbindung der Offshore-Windparks an das Stromnetz ist laut Vertragswerk zügig und effektiv zu realisieren. Aus Sicht des BWE sind Planungssicherheit und vor allem ein rascher Netzausbau sowohl für den Ausbau auf See als auch für den Ausbau an Land zu meistern.

EEG-Novelle 2012

Überraschend ist die Ankündigung, dass zukünftig der EEG-Erfahrungsbericht in einem Drei-Jahres-Rhythmus vorgelegt werden wird, und dass bereits mit Wirkung zum 1.1.2012 eine EEG-Novelle auf den Weg gebracht werden soll. Diese nicht unerhebliche Beschleunigung erfordere, dass die Hersteller, Planer und Investoren nicht in kurzen Abständen mit neuen Bewertungen und Tarifiediskussionen verunsichert werden. „Es muss nun schnell Sicherheit über die entsprechenden Rahmenbedingungen vermittelt werden, sonst wird die Entwicklung der Windenergie abgebremst“, so Albers.

Was die Laufzeitverlängerung für die Kernenergie betrifft, zeigt sich ein deutlicher Interpretationsunterschied zwischen den Regierungsfractionen und der Branche der Erneuerbaren: Während im Koalitionsvertrag die Kernenergie als notwendige „Brückentechnologie“ bis zum zukünftigen Rundum-Einsatz der erneuerbaren Energien dargestellt wird, sehe die Windbranche in der Laufzeitverlängerung für diese Grundlastkraftwerke ein deutliches Hemmnis für den künftigen raschen Ausbau von Grünstromkapazitäten. □

Windkraft regional

Stärkt Stadtwerke und beflügelt Kommunen

Potenziale des Windstroms in Bayern für eine unabhängige und klimafreundliche kommunale Energieversorgung



Fachtagung und Ausstellungs-Pavillon

Dienstag, 08. 12. 2009 Kulturspeicher in Regensburg

Hochschule Regensburg |
Agentur für Erneuerbare Energien (AEE)
OSTWIND-Gruppe
Mehr Informationen unter: www.ostwind.de



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerischer Tourismustag in Nürnberg:

Augenmerk auf Architektur

Im Mittelpunkt des diesjährigen Bayerischen Tourismustags in Nürnberg, der erstmals in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer durchgeführt wurde, stand das Thema Tourismusarchitektur. Am Jahrestreffen der bayerischen Fremdenverkehrswirtschaft nahmen rund 450 Leistungsträger teil.

Wie Wirtschaftsminister Martin Zeil in seiner Rede hervorhob, ist das Jahr 2009 für den Tourismus in Bayern ein schwieriges Jahr. Die Wirtschaftskrise habe sowohl den umsatzstarken Geschäftsreiseturismus als auch den klassischen Urlaubstourismus getroffen. Das Bilderbuchwetter in den drei Hochsommermonaten sowie die erfolgreiche „Urlaub-daheim“-Kampagne hätten jedoch den Negativtrend deutlich abgemildert. Für das Gesamtjahr erwartet Zeil „dank der guten Sommerbilanz nur noch einen Rückgang von zwei Prozent bei den Ankünften und 2,4 Prozent bei den Übernachtungen“.

Spielraum für Investitionen

Eine spürbare Entlastung für das Gastgewerbe bringe der ab dem kommenden Jahr geltende, reduzierte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent, so Zeil weiter. Dies steigere die Wettbe-

werbsfähigkeit der Hotellerie und gebe ihr wieder mehr Spielraum für Investitionen. Der Minister appellierte in diesem Zusammenhang an die Betriebe, „diesen Spielraum zu nutzen und die Qualität der Angebote weiter zu steigern“.

Leistungsträger

Eine viel versprechende Möglichkeit, das touristische Angebot in Bayern noch attraktiver zu machen, bietet Zeil zufolge die Tourismusarchitektur. Im Freistaat existierten bereits hervorragende Initiativen wie beispielsweise Weinfranken mit seinen Vinotheken, Weingütern und Gästehäusern oder der Hundertwasserturm im niederbayerischen Abensberg, der in Kürze eröffnet wird.

Die Messlatte bei der Tourismusarchitektur legten derzeit noch andere Länder, räumte Zeil freilich ein. Dazu gehörten „einige unserer stärksten Wettbewer-

ber wie Vorarlberg, Südtirol und die Schweiz“. Bayern habe hier zweifellos noch Nachholbedarf, allerdings auch ein großes Potenzial, das künftig noch stärker genutzt werden müsse. Notwendig seien deshalb touristische Leistungsträger, die sich dem Thema Tourismusarchitektur stärker öffnen.

Darüber hinaus werde ein informelles Tourismusarchitektur-Netzwerk benötigt. Dazu gehörten nicht nur Touristiker und Architekten, sondern auch Designer, Regionalentwickler, Städteplaner und Denkmalschützer – „denn gelungene Tourismusarchitektur bedeutet auch Ensembleschutz, Landschaftsschutz und Respekt vor unserem kulturhistorischen Erbe“. Außerdem müsse das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Ressourcenschonung und Klimawandel nicht im Widerspruch zu gelungener Tourismusarchitektur stehen, betonte Zeil. „Das Gegenteil ist der Fall. Sie ermöglichen innovative und ästhetische Gestaltungen.“

Architektur lockt Gäste an. Touristen, die Sinn für Architektur haben und ihre Reiseziele entsprechend auswählen, seien meist gebildet und kaufkräftig. Sie stellten damit eine hochattraktive Zielgruppe, die Bayern

bei seinen Marketinganstrengungen zu beachten habe. Zeil: „Wir haben in Bayern deshalb mit ‚Sightsleeping – Schlafen für Augenmenschen‘ eine eigene, sehr erfolgreiche Marke entwickelt. Um für dieses touristische Zukunftsthema weiterhin zu werben, werden wir künftig gemeinsam mit der Bayerischen Architektenkammer einen eigenen Tourismusarchitekturpreis ausloben.“

Investitionsstau von circa 20 Jahren

Laut Rudolf Scherzer, dem Nürnberger Stadtplaner und Vizepräsidenten der bayerischen Architektenkammer, haben Studien in der bayerischen Tourismusbranche einen „Investitionsstau von 20 Jahren und mehr“ festgestellt. Bei der Tourismusarchitektur gehe es nie nur um das Gebäude allein. Sie sei „eine bauliche Hülle, in der die Gastronomie stattfindet“. Die neuen Bauten sollten nicht nur interessant sein, sondern auch ökologisch und nachhaltig gebaut werden. Auch Glaubwürdigkeit spielt Scherzer zufolge eine bedeutende Rolle.

Nach Auffassung von Sybille Wiedemann, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, bleiben Authentizität und Natur wichtige Werte in aktuellen Trends. Vor allem die Frage nach „Design und Charakter eines Hotels“ werde eine immer größere Rolle spielen. Der Tourist wolle zwar weiterhin die regionaltypische Architektur wie die Fachwerkfassade in Franken sehen, gleichzeitig erwarte er aber auch Neues. **DK**



Der Preisträger Stefan Huber (l.) zusammen mit Landrat Theo Zellner bei der Preisverleihung des Landkreises Cham. **□**

sanne Pemmerl aus Bad Kötzing mit ihrer Klavierbegleitung Martina Hussmann. Bei einem

lockeren Stehempfang, musikalisch untermalt vom Audes-Trio, klang die Veranstaltung aus. **□**

Urlaub mit Heimvorteil

Gästemarketing einmal anders: Mit besonderen Angeboten wollen Regensburgs Stadtmarketing und die Altstadt Hotels den Bewohnern des 2000-jährigen Weltkulturerbes Lust machen auf einen Urlaub in der eigenen Stadt

Gäste aus Übersee und fast allen europäischen Ländern bevölkern das ganze Jahr über die engen Gassen der Regensburger Altstadt, die seit drei Jahren zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Jetzt sollen auch Regensburger die Möglichkeit bekommen, die 2000-jährige Stadt einmal als Tourist zu erleben. Das Regensburger Stadtmarketing hat in Zusammenarbeit mit mehreren der besten Regensburger Altstadt Hotels Vereinbarungen geschlossen, die den „Urlaub mit Heimvorteil“ besonders erlebnisreich machen sollen.

Gast in der eigenen Stadt

Sechs ausgewählte Altstadt Hotels haben sich auf Initiative des Stadtmarketingvereins zur Gemeinschaftsaktion „Gast in Ihrer eigenen Stadt“ zusammengeschlossen und öffnen von Januar bis einschließlich Ostern ihre

Türen für Bürger vor Ort. Neben dem ACHAT Plaza Herzog am Dom, dem Hotel „Altstadt Engel“ und dem „Elements“ beteiligen sich das „Goliath“, das Hotel „Roter Hahn“ sowie das „Orpheus“ – alles Häuser im Herzen der historischen Altstadt, die bei den Gästen zu den begehrtesten Adressen gehören.

Exklusive Angebote

Mit Arrangements und zusätzlichen Highlights, die es sonst in dieser Form nicht zu buchen gibt, können Regensburger ihre Stadt ganz neu kennenlernen. Eine Stadtführung durch das historische Regensburg, eine ayurvedische Massage, ein Kinobesuch, ein Besuch im Reichstagsmuseum, ein romantisches Vier-Gänge-Candle-Light-Dinner, ein Fünf-Gänge-Menü, ein Begrüßungsprosecco, oder Ausschlagen bis zwölf – die Regensburger

Gäste haben die Qual der Wahl.

Neue Perspektive

„So erleben die Bewohner Regensburgs ihre Welterbe-Stadt einmal aus einer ganz neuen Perspektive und gehen selbst als Tourist auf Erkundungstour“, sagt Stadtmarketing-Chef Bertram Vogel. Er weiß: Die meisten Regensburger haben noch nie eine Führung in der eigenen Stadt gemacht. „Der Kurzurlaub in der eigenen Stadt macht auch eine stressige Anfahrt überflüssig“, erklärt Vogel und hofft: „Ein Spaziergang ins Welterbe mit Koffer in der Hand könnte ab Januar in Regensburg zur Gewohnheit werden.“

Erfrischende Alternative

„Alle Angebote sind ab sofort buchbar und eignen sich als erfrischende Alternative im alltäglichen Geschenke-Reigen um Socken, Krawatten, Parfüm & Co. am weihnachtlichen Gabentisch“, empfiehlt der Stadtmar-

Deutscher Tourismuspreis für Oberstaufen

Mit dem Innovationspreis der deutschen Tourismusbranche hat der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) in Dresden die Oberstaufen Marketing GmbH ausgezeichnet. Sie belegte den ersten Platz für die Aufwertung einer elektronischen Gästekarte zu einer Mehrwert-Karte. So ist Urlaub ohne Nebenkosten möglich.

Über den 2. und 3. Preis freuten sich die Spreewelten GmbH sowie die Werbegemeinschaft der Ostfriesischen Inseln. Den ersten Preis gewann die Oberstaufen Tourismus Marketing GmbH für die Aufwertung einer elektronischen Gästekarte zu einer Mehrwert-Karte. So ist Urlaub ohne Nebenkosten möglich.

Branchenweite Anerkennung

„Unserem Aufruf, über den Tellerrand hinaus zu schauen, um Innovationen den Weg zu ebnen, sind die Preisträger bereitwillig gefolgt“, begründete DTV-Präsident Reinhard Meyer das Urteil der zehnköpfigen Jury aus Tourismusbranche, Wissenschaft und Medien. Die drei Gewinner (der 2. Platz ging an die Spreewelten GmbH und Platz 3 an die Werbegemeinschaft der Ostfriesischen Inseln) überzeugten mit ihrer langfristigen Projektgestaltung und bestachen durch emotionale Marketingansprache, Zielgruppengenaugkeit und effektive Kooperationen. Der Preis erbringe den Gewinnern nicht nur die branchenweite Anerkennung der eigenen, zukunftsweisenden Arbeit, sondern ermögliche auch eine bessere Vermarktung des Produkts.

Mit der Initiative „Oberstaufen PLUS“ erfüllt sich der Traum vom Urlaub ohne Nebenkosten. In Oberstaufen und der Nachbargemeinde Bad Hindelang erhält der Urlauber bei

seiner Anreise eine kostenlose Gästekarte. Diese ermöglicht es, ohne Kosten für einen Skipass Ski zu fahren, ohne Ausgaben für die Bergbahn zu wandern, ohne eine Green Fee zu golfen oder ohne hohe Eintrittsgelder zu schwimmen und Wellness-Angebote wahrzunehmen.

Einfaches Prinzip

Das Prinzip ist einfach: Die örtlichen Gastgeber zahlen pro Übernachtung zwischen 2,50 Euro (Oberstaufen PLUS) und 5 Euro (Oberstaufen PLUS GOLF) als Umlage an die Oberstaufen Tourismus Marketing. 85 Prozent des Betrages werden dann nach einem Verteilungsschlüssel an die derzeit 14 Leistungspartner, beispielsweise den Liftverbund, verschiedene Golfclubs und an das Badeparadies ausgeschüttet. Diese verzichten im Gegenzug auf ihre Eintritte. Der Rest des Geldes verbleibt für Marketing, Technik und Betrieb des Systems bei der Oberstaufen Tourismus Marketing. So steigen seit Einführung der Karte die Gästezahlen. Auf der anderen Seite wachsen für die 14 Leistungsträger Auslastung und Wirtschaftlichkeit. Das Angebot der Gästekarte wurde in den ersten zwölf Monaten in über 256.000 Fällen genutzt und trotz geringerer direkter Erlöse konnten die Betriebe durch verschiedene Zusatzumlagen zum Teil hohe Gewinne verzeichnen. **DK**

Touristische Pluspunkte Oberstaufens:

- ▶ wesentliche touristische Infrastruktureinrichtungen integriert.
- ▶ Imagegewinn für Tourismusort.
- ▶ bedeutende Komfortsteigerung für Gäste.
- ▶ große Resonanz bei Gastgebern – anfangs 270, nun über 320.
- ▶ langfristig angelegtes Marketing- und Service-Instrument.
- ▶ Angebot für breite Zielgruppe: Natur, Gesundheit, Lifestyle, Aktiv, Familie. **DK**



Mit dem Fahrrad in den Urlaub: Diese Szene könnte in Regensburg bald zum Alltag gehören. Foto: obx-news

keting-Chef. Von der Aktion sollen auch die Regensburger Hotels profitieren: „Wer als Regensburger von der Qualität ei-

ner selbst getesteten Unterkunft überzeugt ist, empfiehlt diese auch gerne im Kollegen-, Freundes- und Familienkreis.“ **obx**



Urlaubsgutscheine für die eigene Stadt. Foto: obx-news

Eindruck über das Internet

So sorgt die Internet-Kartenlösung dafür, dass sich potentielle Gäste schon vor dem Urlaub einen Eindruck über die Region verschaffen und sich Wanderwege, Sehenswürdigkeiten, Unterkünfte und dergleichen auf einer Landkarte darstellen lassen können. Bei diesem IT-Produkt werden leistungsfähige Datenbanken mit georeferenzierten Kartendaten verbunden. Die einheitlichen Inhalte auf den Karten kommen direkt von den verschiedenen Gastgebern oder Tourist-Informationen- die Vereinheitlichung der Informationen auf einer Karte trotz unterschiedlichster Systeme im Hintergrund kann somit als die besondere Stärke dieser Lösung bezeichnet werden.

Festliche Gala

Die Innovationsgala in Bad Kötzing mit ihrer ausgewoge-

Bayerischer Heilbädertag in Bayreuth:

Mehr Therapie statt Bürokratie

Der 63. Bayerische Heilbädertag in Bayreuth stand heuer unter dem Motto „Zukunft der Heilbäder und Kurorte“. Er fand auf Einladung der Stadt Bayreuth und ihrer Lohengrin Therme statt, die seit ihrer Anerkennung als Heilquellenkurbetrieb 2006 Mitglied im Heilbäderverband ist.

Mit Investitionen und Innovationen wollen die bayerischen Heilbäder und Kurorte dem demografischen Wandel entgegen treten. „Die Menschen werden älter, aber auch 90-Jährigen ist ihre Gesundheit wichtig. Das Thema Kur und Prävention wird daher wieder stärker werden“, bemerkte Klaus Holetschek, einstimmig wieder gewählter Präsident des Bayerischen Heilbäder-Verbands BHV.

Branche im Aufwind

Obleich die Badeorte seit langem unter den Folgen der Gesundheitsreform leiden, sieht Holetschek die Branche im Aufwind. „Bayern ist nach wie vor das Bäderland Nummer eins in Deutschland. Die Zahl der Gäste steigt wieder, die Verweildauer wird allerdings kürzer. Und das macht uns zu schaffen.“

Neue Themen und Therapien seien nötig, um Heilbäder fit für die Zukunft zu machen und

mehr Gäste anzulocken. Die Politik müsse dafür gewisse Rahmenbedingungen schaffen, forderte der BHV-Präsident. Denn letztlich gehe es auch um die Sicherung von rund 100.000 Arbeitsplätzen und eine Wertschöpfung von 3,2 Milliarden Euro.

Der Heilbäderverband habe in diesem Herbst zum ersten Mal zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen. „Wir wollen mit dieser Aktion wachrütteln und die Politik zur Unterstützung auffordern“, sagte Holetschek. Ziel der Initiative sei, dass auch künftig die Leistungen in Bayerns Heilbädern und Kurorten von den Gesundheits- und Sozialsystemen abgesichert werden. Die zentrale Forderung: Die ambulante, offene Badekur müsse zu einer Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen werden. „Letztlich sparen sich die Kassen dadurch Kosten im Pflegebereich oder bei anderen Aufwendungen.“ Bisher seien 13.000 Unterschriften von Gästen und

Mitarbeitern in den Badeorten gesammelt worden.

Daneben müsse bei der Bezahlung von Kuren im Ausland der gleiche Qualitätsmaßstab angelegt werden wie in Deutschland. Als weitere entscheidende Ziele nannte Holetschek Infrastruktur-Unterstützungen für Kurorte, Heilbäder und die dortigen Betriebe sowie die Wiederaufnahme von kurspezifischen und ortsgebundenen Heilmitteln in die Heilmittelrichtlinie.

Großer Wirtschaftsfaktor

Erste positive Zeichen sah der Verbandspräsident im Koalitionsvertrag der neuen Bundesre-

Bayerischer Heilbäder-Verband:

Prävention via Internet

Ein Werbegag mit fragwürdiger Gesundheitswirkung

Präventionskurse im Urlaub waren bisher für Versicherte ohne feste Arbeitszeiten – wie Schichtarbeiter, medizinisches Personal, Menschen mit wechselnden Arbeitsstandorten – meist die einzige Möglichkeit, aktiv etwas für ihre Gesundheitsvorsorge zu tun. Deshalb bezuschussen die Krankenkassen solche wohnortfernen Gesundheitsprogramme ebenso wie das Gesundheitstraining am Wohnort nach Feierabend. Die Techniker Krankenkasse (TK) plant jetzt, die Zuschüsse für Gesundheitstraining im Urlaub zu streichen. „Rund ein Drittel der Versicherten würde damit künftig von den laut Sozialgesetzbuch (§20 SGB V) den Krankenkassen vorgegebenen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung weitgehend ausgeschlossen“, kritisiert der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV).

Wer keinen Feierabend- oder Wochenendkurs besuchen kann, soll künftig „Online-Gesundheitscoaching via Internet“ nutzen. „Welcher hart arbeitende Mensch setzt sich nach Feierabend an den Computer und trainiert dort in Frage- und Antwort-

gierung. Unter anderem sehe der Vertrag vor, die Tourismuskonzeption im ländlichen Raum sowie die Rahmenbedingungen für Kurorte und Heilbäder zu verbessern. „Endlich werden unsere Kurorte und Heilbäder als bedeutender Wirtschaftsfaktor wahrgenommen“, begrüßte Holetschek die Vereinbarung.

Mehr Chancengleichheit innerhalb der EU

Positiv schätzte der Präsident auch die Steuerermäßigung von 19 auf sieben Prozent für Beherbergungsbetriebe ein, die am 1. Januar 2010 in Kraft treten soll. Damit sei eine echte Chance gegeben, Mittel für Investitionen frei zu machen. Auch die ungleiche Wettbewerbssituation innerhalb des europäischen Marktes sei mit der Steuersenkung zumindest teilweise aufgehoben. Holetschek erwartete aber auch, dass die Entwicklung in diese Richtung weitergeht: „Es wäre schön, wenn auch Gaststätten zukünftig von den ermäßigten

Steuersätzen profitieren könnten.“

Gesundheitswirtschaft

Der BHV-Präsident untermauerte die Bedeutung des Verbandes als ein starkes Stück Gesundheitswirtschaft. Diese Position solle auch weiterhin durch die Vernetzung mit wichtigen Partnern im Gesundheitssektor ausgebaut werden. Zudem regte er einen Innovationspool an, ein Ideenforum, in dem beispielsweise neue Therapien vorgestellt und diskutiert werden. „Wir müssen auf unsere bewährten Traditionen aufbauen und uns gleichzeitig innovativen Ansätzen weiter öffnen, um im Wettbewerb die Nase vorn zu behalten“, bekräftigte Holetschek.

Auf dem Heilbädertag entsprach auch Markus Söder, Staatsminister für Gesundheit, in seiner Rede den politischen Forderungen des Verbandes, die Heilbäder und deren Infrastruktur zu stärken. Dazu gehöre auch das zunehmende Problem der mangelnden ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, dem die Staatsregierung künftig mit einem eigenen Programm begegnen will. Verstärkt einsetzen möchte sich Söder für die Kur als hochwertige medizinische Gesundheitsleistung, die als solche anerkannt und abgerechnet werden muss. Auch eine Kur sei eine Art Prävention, die nicht an bürokratischen Hürden scheitern dürfe.

Der Minister hob explizit die herausragende Rolle der bayerischen Heilbäder für den ländli-

chen Raum hervor und stärkte somit die Bedeutung der Kurorte und Heilbäder als bedeutender Wirtschaftsfaktor Bayerns. „Die Kur ist eine hochwertige medizinische Leistung, die wieder mehr anerkannt werden muss“, so Söder mit Blick auf die Krankenkassen. „Wir können es nicht zulassen, dass uns unsere Freunde in Österreich und Tschechien den Rang ablaufen, wir wollen das Geschäft im eigenen Land halten.“ Grundsätzlich forderte der Politiker wieder mehr Therapie statt Bürokratie und mehr Prävention statt Reparatur. BHV-Chef Holetschek zeigte sich sehr zufrieden mit der Reaktion Söders, machte aber auch klar: „Den Worten müssen nun Taten folgen.“

Urlaub mit gutem Klima

Unter dem Dach des bayerischen Heilbäderverbandes sind derzeit 47 Kommunen und 20 Kurbetriebe organisiert. Sämtliche Orte sind dabei vom Freistaat als Heilbäder, Kneipp- oder Schrothkurorte, heilklimatische Kurorte oder Luftkurorte anerkannt. Hauptziel des Bayerischen Heilbäder-Verbandes ist die Förderung der Gesundheit durch qualifizierte Kuren, Rehabilitationsmaßnahmen und gesundheitsbetonte Urlaubsprogramme. Aus Oberfranken gehören dem Verband an: Bad Alexandersbad, Bad Berneck, Bischofsgrün, Bad Rodach, Bad Staffelstein und Bad Steben sowie die Lohengrin-Therme in Bayreuth und die Obermain-Therme in Bad Staffelstein. **DK**



Raus in die Natur oder Online-Gesundheitscoaching via Internet bequem von zu Hause aus? Foto: obx-news

Überlastung von Versicherten.

Wahlfreiheit

„Auch wir lehnen unseriöse Angebote mit 16 Trainingseinheiten in drei Tagen ab. Ein Kurs Bewegung und Entspannung im Laufe von einer Woche ist aber

selbst für Untrainierte kein Problem.“ Es sei überdies rechtlich fragwürdig, Versicherten vorzuschreiben, wie, wann und wo sie Prävention zu betreiben hätten. Auch bei der Prävention müsse für die Versicherten die gleiche Wahlfreiheit wie bei medizinischen Leistungen gelten. **obx**

Reduzierter Mehrwertsteuersatz:

Gesicherte Zukunft des bayerischen Tourismus

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM) begrüßt die Mehrwertsteuersenkung für das deutsche Beherbergungsgewerbe. „Das Ergebnis des Steuerpaketes von Union und FDP ist ein wichtiger Meilenstein für den Tourismus in Bayern und Deutschland“, kommentiert Sybille Wiedenmann, Geschäftsführerin Bayern Tourismus Marketing GmbH, die Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 7 Prozent im deutschen Beherbergungsgewerbe.

Sie bekräftigte, dies sei ein wichtiger Impuls für die bayerische Tourismuswirtschaft und dringend notwendig. Denn seit Jahren gelten in 21 von 27 EU-Mitgliedstaaten reduzierte Mehrwertsteuersätze. „Unsere Betriebe können dadurch noch konkurrenzfähiger wirtschaften, was im Hinblick auf unser starkes touristisches Nachbarland Österreich besonders wichtig ist,“ erklärt Wiedenmann.

Die Geschäftsführerin der

by.TM betont vor allem das große Plus für den Urlauber: „Durch die Mehrwertsteuersenkung sind Hotels und Gasthöfe in der Lage, gezielt in Qualität und Angebotsgestaltung zu investieren. Damit können die bayerischen Betriebe den geänderten Bedingungen am Markt noch besser gerecht werden.“ Wiedenmann ergänzt, dass so mehr Spielraum für Investitionen frei werde, das wiederum bedeute mehr Wachstum und

Beschäftigung für den Wirtschaftsstandort Bayern.

Im Kampf für die Steuerreduzierung unterstreicht Sybille Wiedenmann das starke Engagement der Bayerischen Staatsregierung und den unermüdlichen Einsatz des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes unter Federführung des BHG-Präsidenten Siegfried Gallus. Wiedenmann meint: „Sein Einsatz hat maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen.“

Auf Du und Du mit den Baumriesen des Bayerwalds

Zu Füßen der großen Gipfel des Bayerischen Waldes können Abenteuerlustige jetzt freiwillig den Boden unter den Füßen verlieren: Auf dem mit mehr als 1.300 Metern längsten Baumwipfelpfad der Welt

Die Besucher des Bayerischen Waldes können die Naturwelt am „Grünen Dach Europas“ jetzt aus einer ganz neuen Perspektive erleben: Rund um drei knapp 40 Meter hohe Baumriesen entstand mitten im Nationalpark ein hölzerner Turm, auf dem sich eine begehbare Rampe wie eine Wendeltreppe nach oben schlängelt. Auf dem insgesamt 1.300 Meter langen Steg genießen abenteuerlustige Waldgäste einmalige Einblicke in Flora und Fauna: Vom Stamm bis in die Kronen können die Besucher Insekten beobachten und Vögeln beim Nestbau hautnah über die Schulter schauen. Hoch über den Wipfeln sind dann Panorama-Aussichten garantiert.

Fantastische Ausblicke

Der 1300 Meter lange Steg in der Nähe von Neuschönau

(Landkreis Freyung-Grafenau) endet auf einer Plattform, die auf 44 Metern Höhe fantastische Ausblicke über Europas größtes zusammenhängendes Waldgebiet möglich macht. Zu sehen sind unter anderem der knapp 1.400 Meter hohe Lusen und die bewaldeten Höhen des Böhmerwalds. Wer Glück mit dem Wetter hat, kann sogar die Gipfel der Alpen erahnen.

Risikofreies Urlaubsvergnügen

Die Betreiber versprechen ein völlig risikofreies Urlaubsvergnügen: „Massive Leimholzträger und insgesamt 27 Stützen garantieren die Stabilität des Turms“, sagen sie. Zusätzlich würden massive hölzerne Geländer und ein beinahe unsichtbares Geländernetz den Aufstieg zusätzlich absichern. Der Baumwipfelpfad

endet ebenerdig am Hans-Eisenmann-Haus mit dem Nationalpark-Informationszentrum Bayerischer Wald. Über einen Einstiegsturm mit Aufzug haben auch Rollstuhlfahrer, Senioren und Eltern mit Kinderwagen problemlos Zugang. Mit einer maximalen Steigung von zwei bis sechs Prozent ist der Pfad auch für Ungeübte leicht zu bewältigen.

Erlebnisstationen

Für ganz Fitte und Mutige gibt es zusätzlich sieben Erlebnisstationen mit Seil- und Wackelbrücken, Trapezen und Balancierbalken. Geöffnet ist die neue Besucherattraktion im Sommer täglich von 9.30 Uhr bis 18 Uhr, in den Wintermonaten täglich bis 15 Uhr. Erwachsene zahlen acht Euro Eintritt, Kinder sechs Euro. Zusätzlich gibt es ein Familienticket für 19 Euro.

Weitere Informationen unter: www.baumwipfelpfad.by **obx**

Luftbildbände unserer Heimat

von Franz Xaver Bogner



ELLWANGER
BAYREUTH

Neuerscheinung

je € 19,90



Die attraktiven Bildbände laden auf 120 Seiten zu einer Luftwanderung ein. Fliegen Sie mit uns über markante Sehenswürdigkeiten, Gebirge, Flüsse und Wälder unserer Region.

VERLAG ELLWANGER

MAXIMILIANSTRASSE 58/60 • 95444 BAYREUTH
TELEFON 0921/500-206 • TELEFAX 0921/500-110 • e.meyer@ellwanger-online.de

Erhältlich beim Verlag, in den Geschäftsstellen des Nordbayerischen Kuriers Bayreuth, Pegnitz und Bischofsgrün sowie im Buchhandel.

„Familienregion“ Bamberg:

Für ein neues Bewusstsein

Stadt und Landkreis stellen ihre Leitlinien, eine neue Internetplattform und ein neues Logo vor

Gemeinsam wollen Stadt und Landkreis Bamberg die Region zu einer der familienfreundlichsten in der ganzen Bundesrepublik machen. Um dies auch offensiv nach außen zu demonstrieren, haben Oberbürgermeister Andreas Starke und Landrat Dr. Günther Denzler die „Leitlinien für die Familienfreundliche Region Bamberg“ unterzeichnet. Zugleich stellten sie das neue Logo für die Familienregion und das neue Internetportal www.bamberg-familienfreundlich.de vor.

„Stadt und Landkreis Bamberg begreifen generationenübergreifende Familienfreundlichkeit als grundlegend für die künftige Entwicklung der Region. Sie arbeiten gemeinsam daran, die Rahmenbedingungen für Familien in der Region weiter zu verbessern und ein familienfreundliches Bewusstsein in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern.“ Dieses Hauptmotiv steht über den sieben Leitgedanken, die Stadt und Landkreis sich auf die Fahnen geschrieben haben: Familienfreundlichkeit ist einer der wichtigsten Standortfaktoren der Region, der stetig weiterentwickelt werden muss. Möglichst viele Akteure wie Gemeinden, Kirchen, Wirtschaft, freie Träger, Vereine, Verbände, private Initiativen arbeiten gemeinsam daran. Die Region Bamberg ist als außergewöhnlich familienfreundlich bekannt. Es gibt genug Wohnraum für Familien, der auch bezahlbar ist. Infrastruktur und Wohnumfeld orientieren sich an den Bedürfnissen von Familien. Alle Familien haben gleichberechtigten Zugang zu Informations-, Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangeboten.

Konkrete Maßnahmen

Die Arbeitsplätze in der Region zeichnen sich durch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Viele junge Familien, Fachkräfte und Unternehmen siedeln sich gerne in der Region an, dadurch ist die Zukunft der Region gesichert. Dass es sich dabei nicht nur um hehre Worte handelt, beweisen Stadt und Landkreis Bamberg bereits seit einiger Zeit durch konkrete Maßnahmen und Projekte für Familien (siehe Infokasten). „Viele Dinge, die wir auf den Weg gebracht haben, zeigen, dass wir nicht nur irgendein Papier unter-

schreiben“, machte Oberbürgermeister Andreas Starke bei der Unterzeichnung deutlich. „Die demographische Entwicklung macht es heute wichtiger denn je, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern“, betonte Landrat Dr. Günther Denzler. „Es muss daher die gemeinsame Aufgabe von Stadt und Landkreis sein, unsere Familien zu unterstützen.“

Informationsquelle

Zu dem Maßnahmenpakt gehört auch die gemeinsam von Stadt und Landkreis betriebene Homepage www.bamberg-familienfreundlich.de, ein Internet-Portal für die ganze Familie. Unter dieser Adresse sind künftig alle wichtigen Informationen für Familien aus der Region übersichtlich zusammengefasst. Selbstverständlich wird dort auch stets aktuell über den Stand der Projekte der „Familienfreundlichen Region Bamberg“ berichtet. „Es wird sich also für alle Familien lohnen, regelmäßig auf der Seite vorbeizuschauen, um sich zu informieren!“, ist Oberbürgermeister Andreas Starke überzeugt, der dem Familienbeirat und der Familienbeauftragten der Stadt Bamberg, Gisela Filkom, besonders für ihre Initiative dankte, diese neue Informationsquelle auf die Beine zu stellen.

Neues Logo

„Die neue Internetplattform ist ein wichtiger Schritt, um allen Familien gleichermaßen den Zugang zu Informations-, Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangeboten zu ermöglichen“, ergänzt Landrat Dr. Günther Denzler. „Das ist uns allen wichtig, um einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsraum zu schaffen, in dem sich junge Familien, Fachkräfte und Unternehmen gern ansiedeln.“ Das sympathische neue Logo der Familienregion wurde von dem Bamberger Unternehmen 2mcon entwickelt, das auch für das Design der neuen Homepage verantwortlich zeichnet. Es wird alle Gemeinschaftsprojekte von Stadt und Landkreis für die „Familienregion Bamberg“ zieren. Seinen ersten Einsatz hatte es bereits auf dem Familienpass „Däumling“, der seit Mitte September auf dem Markt ist.

„Alle Investitionen in die Familienfreundliche Region Bamberg sind zu 100 Prozent Investi-

tionen in die Zukunft“, sind sich Oberbürgermeister und Landrat einig. Denn nur wenn sich Familien hier in der Region wohl fühlen und wenn Unternehmen vor Ort genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden, könne man die Region zukunftssicher machen.

Zukunftsvision für Bamberg

Gemeinsam mit Landrat Dr. Günther Denzler lädt Oberbürgermeister Andreas Starke alle ein, an der Entwicklung der „Familienfreundlichen Region Bamberg“ mitzuarbeiten. „Wir wollen die familienfreundlichste Region in Deutschland werden. Dazu brauchen wir Unterstützung, Mitstreiter und -streiterinnen, fleißige Hände und kluge Köpfe. Nur so kann unsere Vision Wirklichkeit werden!“



Oberbürgermeister Andreas Starke (l.) und Landrat Dr. Günther Denzler (r.) bei der Unterzeichnung der Leitlinien für die Familienregion im Kreise der Verantwortlichen von Stadt und Landkreis Bamberg. Bild: Landratsamt Bamberg / Rudolf Mader

Bisherige Projekte in Bamberg

Stadt und Landkreis haben in jüngster Vergangenheit bereits einige erfolgreiche Projekte für die Familien in der Region gestartet: So bündelt der Familienratgeber „Tipps und Infos für Familien“ als unverzichtbare Informationsquelle Angebote aus Stadt und Landkreis. Auch das Ferienbetreuungs-Angebot „Bamberger Ferienabenteuer“ erweist sich als voller Erfolg. Fast alle Angebote waren bislang ausgebucht. Bereits seit Jahren ist der gemeinsame Ferienpass für die Sommerferien erfolgreich. Als Ergänzung dazu wurde mit dem Beginn des neuen Schuljahres der „Däumling“ auf den Weg gebracht. Dieser Familienpass soll die Familien finanziell entlasten und gleichzeitig dazu animieren, auch außerhalb der Sommerferien, im ganz normalen Alltag, mehr miteinander zu unternehmen!

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Mit BayernFM auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit

Im Rahmen der „Energiewende 2035“ hat der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen die BayernFM mit der energetischen Grundlagenanalyse der landkreiseigenen Schul-, Wohn- und Verwaltungsgebäude beauftragt.

Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen unterstützt das Ziel der Bürgerstiftung „Energiewende Oberland“, wonach die Energieversorgung der eigenen Region bis 2035 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen zu decken ist. Ziel ist die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der regionalen Wirtschaftskraft sowie der Lebensqualität der Einwohner.

Die BayernFM begleitet den

Landkreis mit einem mehrstufigen Umsetzungskonzept, das den nachhaltigen und klimaneutralen Betrieb der landkreiseigenen Gebäude (11 Schulen und 4 Wohn-/Verwaltungsgebäude) vorsieht. In drei Phasen erfolgt eine Reduzierung des Energieverbrauchs, der Umstieg auf regenerative Energien sowie die Kompensation der unvermeidbaren CO₂-Emissionen durch Klimazertifikate. „Der ganzheitliche Ansatz des Landkreises ist zukunftsweisend und zeigt, dass das kommunale Immobilienmanagement ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Entwicklung ist“, so Stefan Kohlhepp, Geschäftsführer der BayernFM.

Grundlagenanalyse

In der ersten Phase werden im Rahmen einer energetischen Grundlagenanalyse der Gebäude die notwendigen energetischen Sanierungsmaßnahmen aufzeigt und bewertet. Dabei erfolgt die Implementierung einer fortschreibbaren Energie- und CO₂-Bilanz für alle Gebäude. Als „integriertes kommunales Klimaschutzkonzept“ werden 80% der Aufwendungen für die Grundlagenanalyse durch Fördermittel

des Bundesumweltministeriums abgedeckt. Die nächsten Stufen der Phase 1 umfassen die Detailanalyse sowie Durchführung der Sanierung unter Berücksichtigung einer priorisierten Mittel- und Langfristplanung.

Ökologisch sinnvoller Einsatz der Mittel

Ein begleitendes Controlling erfolgt u.a. durch die Teilnahme des Landkreises am Immobilienbenchmarkprojekt RealisBench. „Die stufenweise Vorgehensweise der BayernFM ermöglicht es uns, unsere finanziellen Ressourcen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll einzusetzen und alle Entscheidungsgremien in einen regelmäßigen Informations- und Entscheidungsprozess einzubinden“, so Landrat Josef Niedermaier.

CO₂-Neutralität

Die Bayern Facility Management GmbH ist ein gemeinsames Tochterunternehmen der BayernLB und der Flughafen München GmbH. Als zertifiziertes Unternehmen für Qualitäts- und Umweltmanagement wird die Verantwortung gegenüber den Kunden, den Mitarbeitern und der Umwelt täglich gelebt. Die BayernFM ist daher einer der ersten CO₂-neutralen FM-Dienstleister in Deutschland.

Projektmanagement:

Bauvorhaben nachhaltig und wirtschaftlich abwickeln

Einsparungen in Höhe von zehn bis fünfzehn Prozent der Bau-somme werden erreicht, wenn frühzeitig - am besten bereits während der Planungsphase - ein externer Projektmanager in ein Bauvorhaben integriert wird. Mit Beratungskompetenz zu Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit lassen sich sowohl die Investitions- als auch die Folgekosten von Bauprojekten reduzieren. „Der Schlüssel, um Bauvorhaben wirtschaftlich und nachhaltig umzusetzen, liegt bei Projektmanagern, die mit den Inhalten und Zusammenhängen von Planung und Bauausführung bestens vertraut sind und die modernen Managementmethoden beherrschen“, so die Einschätzung von Prof. Dr. Hans Sommer, Aufsichtsratsvorsitzender der Drees & Sommer AG.

Professionelles Projektmanagement ermöglicht Einsparungen von zehn Prozent und mehr. Erfolgsgrundlagen hierfür sind eine effektive Projektorganisation, ein wohlüberlegter terminlicher Ablauf sowie eine durchdachte Kostenplanung, die Ausführungsalternativen mit einbezieht. Um die Wirtschaftlichkeit von Bauvorhaben zu optimieren, muss der Projektmanager neben der Beherrschung der Managementmethoden auch über Beratungskompetenz verfügen.

Generalisten realisieren Einsparmöglichkeiten

Zusätzlich zu den Leistungen des Projektmanagements wird beim Construction Management ausführungsbasiertes Wissen in das Projekt implementiert: Der Bauherr gibt nur noch die generelle Linie vor, der Construction Manager stellt bereits im Planungsprozess sicher, dass die architektonischen und technischen Lösungen praktikabel, nachhaltig und wirtschaftlich ausführbar sind. Durch Value Engineering wird immer wieder die Zieldefinition mit den Planungsstand abgeglichen, wobei sowohl die Investitionskosten als auch die später anfallenden Betriebskosten berücksichtigt werden. Dadurch sind weitere Optimierungen und eine deutlich verbesserte Wirt-

schaftlichkeit möglich. Die „Königsdisziplin“ ist das General Construction Management, das die kompletten Generalfachplanungsleistungen vom Konzept bis zur Ausführungsplanung selbst oder durch Kooperationspartner erbringt. Abhängig davon, um welche Projektart es sich handelt - zum Beispiel gibt es beim Klinikbau andere inhaltliche Anforderungen als bei Bürogebäuden - ist hier tiefgehendes Expertenwissen gefragt.

Investitionskosten intelligent reduzieren

Die Investition wird zunächst durch die Menge des Bauvolumens beeinflusst. So führen beispielsweise unterschiedliche Organisationsformen im Bürohausbau zu sehr unterschiedlichen Grundrissen. Dies wirkt sich bei identischer Bruttogrundfläche beispielsweise massiv auf die Menge der zu erstellenden Fassadenflächen aus. Zellenbüros in einer Kammstruktur erfordern fast die doppelte Fassadenfläche wie eine Großraumstruktur. Um hier alle Optimierungsmöglichkeiten zu berücksichtigen, hinterfragen die Projektmanager von Drees & Sommer das Raumprogramm. Sie klären, ob beispielsweise alle Mitarbeiter einen eigenen Arbeitsplatz benötigen und wie viele Quadratmeter für einen Arbeits-

platz angemessen sind oder, ob es eine Kantine mit eigener Küche oder Catering geben soll. In der Regel kann damit die erforderliche Nutzfläche bei gleicher Anzahl von Arbeitsplätzen deutlich verringert werden. Das heißt, es muss pro Quadratmeter Nutzfläche weniger Bruttogrundfläche gebaut werden als bei einer weniger geschickten Planung. Das Ergebnis ist eine erhebliche Reduzierung der Investitionskosten. Darüber hinaus ist eine weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch eine kompakte Bauweise sowie durch die Konstruktion und Materialwahl möglich.

Folgekosten bei Planung im Blick haben

Spätere Kosten für Wartung und Instandhaltung werden ganz wesentlich von der Qualität der Planung und Ausführung beeinflusst. Je mehr bei der Detailplanung auf nachhaltige Qualität geachtet wird, umso geringer werden später die Instandhaltungskosten sein. An dieser Stelle kommt dem Projektmanager die Aufgabe zu, eine möglichst hohe Qualität zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten sicherzustellen.

Die Instandhaltungskosten sind über die Lebensdauer eines Objektes ein ganz erheblicher Kostenpunkt. Zum Beispiel können bei den Reinigungskosten 20 bis 40 Prozent eingespart werden, wenn man die möglichen Reinigungsverfahren bereits im Vorentwurf berücksichtigt. Schließlich entstehen je nach Konzeption mehr oder weniger hohe Kosten für die Flexibilität beziehungsweise organisatorische Veränderungen durch die Nutzer bis hin zur Drittverwendungsfähigkeit für den Investor.

SEITZ REAL ESTATE GROUP

MIETFORDERUNGS-MANAGEMENT
MAHN MAL
www.debeo.com

WIRD ÜBERFLÜSSIG... BEI EFFIZIENTEM MIETFORDERUNGS-MANAGEMENT MIT SOZIALEM AUGENMASS.

- ... wir betreuen aktuell Mietforderungen von **einigen Hunderttausend Wohneinheiten** von öffentlich-rechtlichen, kommunalen und privaten Auftraggebern **auf sozial verträgliche Art.**
- ... unser **mehrsprachiges Team** kümmert sich auch **außerhalb der üblichen Geschäftszeiten** um die Betreuung der Mieter.
- ... wir **realisieren** durchschnittlich über **80 % der Forderungen.**
- ... unser Team besteht aus spezialisiert ausgebildeten **Juristen, Betriebswirten und Real Estate Analysten.**
- ... wir verfügen über ein bundesweites Netzwerk von **gut ausgebildeten Außendienstmitarbeitern.**

Gerne erläutern wir unseren Ansatz und unsere erfolgreiche Arbeit für Sie in einem persönlichen Gespräch:
debeo GmbH, Promenadestr. 2, 87527 Sonthofen, Klaus Wilhelm, Telefon: +49 (8321) 78095-0, E-Mail: k.wilhelm@debeo.com

debeo, deutscher Marktführer im Mietforderungsmanagement, ist ein Unternehmen der Seitz Real Estate Group. Diese hat ihre Schwerpunkte im Real Estate Investment Management, Asset Management, Research, Consulting und in der Wohnungsverwaltung.

Die sozial verträgliche Betreuung von Mietforderungen ist ebenso die Aufgabe von debeo wie die Übernahme aller dazu gehörenden administrativen Arbeiten.

Dank unserer geschulten, mehrsprachigen Back Office- und Außendienstmitarbeiter können wir unseren Kunden ein überdurchschnittlich effizientes Mietforderungsmanagement anbieten. Unsere Realisierungsquote liegt im Durchschnitt bei über 80% innerhalb der ersten 30 Tage im außergerichtlichen Mahnverfahren.
Darüber hinaus betreuen unsere spezialisierten Juristen auf Wunsch das komplette Mahn- und Klageverfahren.

Tagung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Schweinfurt:

Engagement und Leistungsfähigkeit

Zur diesjährigen Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern trafen sich in Schweinfurt über 300 Delegierte der 96 Kreis-, Stadt- und Bezirksfeuerwehrverbände, außerdem zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Hilfsorganisationen. Der in seinem Amt für die nächsten sechs Jahre bestätigte 1. Vorsitzende Alfons Weinzierl konnte im Konferenzzentrum auf der Maininsel unter anderem Innenminister Joachim Herrmann, den Regierungspräsident von Unterfranken, Dr. Paul Beinhofer und Schweinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser begrüßen.

Höhepunkt der Versammlung in Schweinfurt war die Eröffnung der bayernweiten Feuerwehr-Aktionswoche 2009 durch Innenminister Herrmann, die unter dem Motto „Jeder kann helfen – komm mach mit!“ stand.

Aktionswoche

In seiner Ansprache würdigte Herrmann das große Engagement und die Leistungsfähigkeit der bayerischen Wehren. Die diesjährige Aktionswoche zielte

heuer besonders auf die Mitgliederwerbung sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ab. Die Feuerwehren wollen diese Gruppe mit gezielten Aktionen in den kommenden Monaten für den ehrenamtlichen Dienst am Nächsten in der Feuerwehr ansprechen. Über eine Million ausländische Mitbürger leben in Bayern; hier steht nach Angaben des Landesfeuerwehrverbandes den Feuerwehren ein nicht zu unterschätzendes Potential an möglichen

Mitgliedern zur Verfügung.

Zuvor hatte Innenminister Joachim Herrmann die herausragende Bedeutung der Feuerwehren bekräftigt. In diesem Zusammenhang hob er die weiterhin umfassende Unterstützung durch den Freistaat hervor. So dürfen Feuerwehrleute ohne Lkw-Führerschein im Dienst künftig Fahrzeuge bis 4,75 Tonnen fahren; sie benötigen hierfür nur eine interne Schulung. Zudem könnten sie für höchstens 600 Euro den C 1-Führerschein bis 7,5 Tonnen machen – die anfallenden Kosten tragen die Kommunen.

Gerätehausförderung

Was Verbesserungen bei der Förderung von Feuerwehrgerätehäusern anbelangt, so ist das Innenministerium zu dem

Ergebnis gekommen, dass die aktuelle Haushaltslage im Bereich der Feuerschutzsteuer Spielräume für die Erhöhung der Gerätehausförderung bietet. Erste Gespräche mit dem LFV und den kommunalen Spitzenverbänden haben laut Herrmann bereits stattgefunden. Dabei sei eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt worden, „dass wir bei der jetzt anstehenden Verbesserung der Fördermöglichkeiten besonders die Kommunen mit größeren Stützpunktfeuerwehren ins Auge fassen“. Denn seit der Novellierung des Feuerwehrförderrechts 2004 seien alle kommunalen Feuerwehren unabhängig von ihrer Größe oder Bedeutung für den örtlichen oder überörtlichen Brandschutz beim Bau eines Feuerwehrgerätehauses gleich behandelt worden. Gemessen an den Baukosten lag die prozentuale Förderung bei größeren Stützpunktfeuerwehren damit deutlich unter der Förderquote bei kleineren Ortsfeuerwehren.

Differenziertes Modell

Deshalb werde bei der Gerätehausförderung ein differenziertes Modell geplant, wonach mit zunehmender Anzahl der Stellplätze ein höherer Festbetrag je Stellplatz vorgesehen ist. Um jedoch auch die kleineren Ortsfeuerwehren nicht zu vernachlässigen, soll zugleich die Höhe des Festbetrags bei allen kleinen Feuerwehrgerätehäusern maßvoll angehoben werden.

Herrmann sicherte den Feuerwehren außerdem zu, dass der Digitalfunk in Bayern bis Ende 2012 flächendeckend einsatzbereit sein werde. Einigkeit besteht zwischen den Beteiligten, dass der Freistaat Bayern und der Bund die gesamten Kosten für den flächendeckenden Aufbau

des digitalen Funknetzes in Bayern tragen. Damit tritt der Freistaat Bayern mit ganz erheblichen Mitteln in Vorleistung. Für die Polizei und weitere staatliche Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wie die Staatlichen Feuerweherschulen und die Katastrophenschutzbehörden werden aus dem Staatshaushalt außerdem die Kosten für den Betrieb des Netzes, für die digitalen Endgeräte und für den Anschluss bzw. die Anpassung der Leitstellen getragen.

Digitalfunk

Ungeklärt ist Herrmann zufolge allerdings weiterhin, ob und in welcher Höhe sich die nicht-staatlichen BOS an den Betriebskosten des Digitalfunks beteiligen. Die Lösung sollte seiner Ansicht darin bestehen, dass der Freistaat Bayern die gesamten Betriebskosten des Digitalfunknetzes in Höhe von rund 33 Millionen Euro (zusammen für Feuerwehr und Rettungsdienst) übernimmt, die Endgeräte aber von den Gemeinden und den Hilfsorganisationen bezahlt werden. Aufwändige und schwierige Verrechnungen zwischen den Beteiligten würden damit entfallen, unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden. Schließlich würde die Akzeptanz des Projekts „Digitalfunk“ – insbesondere bei den Kommunen – steigen. Dies könnte sich auch positiv auf die Bereitschaft der Gemeinden auswirken, geeignete Standorte für die Basisstationen zur Verfügung zu stellen.

„Mittlerweile in allen Landesteilen in Gang gekommen und teilweise schon weit fortgeschritten“ sind nach Herrmanns Auskunft die Arbeiten für die „Integrierten Leitstellen“ (ILS). Neben der Integrierten Leitstelle in

München, die bereits seit 1997 besteht, haben inzwischen weitere sechs Integrierte Leitstellen in Fürstenfeldbruck, Landshut, Ingolstadt, Regensburg, Augsburg und Hochfranken (Hof) ihren Betrieb aufgenommen. Nach den örtlichen Planungen sollen Anfang nächsten Jahres die ILS in Würzburg, Traunstein und Kempten mit ihrer Tätigkeit beginnen. Gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern werde die Staatsregierung die flächendeckende Errichtung integrierter Leitstellen weiter konsequent vorantreiben.

Ansbacher Amoklauf

Als wunderbares Beispiel für die Einsatzbereitschaft und den Mut bayerischer Feuerwehrkräfte nannte Herrmann in diesem Zusammenhang das tatkräftige Einschreiten eines Jugendfeuerwehrmannes beim Amoklauf von Ansbach am 17. September 2009. Durch den couragierten Notruf des Schülers konnte binnen weniger Minuten der Amokläufer gestoppt werden. „Um 8.35 Uhr wurde von seinem Handy der Notruf abgesetzt, sieben Minuten später waren die ersten Einsatzkräfte vor Ort und vier Minuten später war der Täter gestoppt“, berichtete Herrmann und ergänzte: „Und dann soll noch einer sagen, die Arbeit der neuen Integrierten Rettungsleitstellen funktioniert nicht reibungslos!“

„Insgesamt“, so Herrmann bilanzierend, „sind wir bei der Einführung der Integrierten Leitstellen in Bayern auf einem guten Weg und leisten mit der Vernetzung der ILS sowie den Aus- und Weiterbildungskonzepten echte Pionierarbeit. Das ist uns besonders wichtig, weil die Bürger, die in einen Notfall geraten, einen Anspruch darauf haben.“ **DK**

Mercedes-Benz Fire & Rescue beeindruckte Branchenexperten

Neues vom Produktbereich Sonderfahrzeuge für den Einsatz im Brand- und Katastrophenschutz

Stuttgart/Wörth - In einer zweitägigen Veranstaltung informierten sich internationale Fahrzeugspezialisten aus den Reihen der Feuerwehr-Aufbauer über Neuheiten aus dem Produktbereich Sonderfahrzeuge von Mercedes-Benz. Im Fokus standen dabei die verschiedenen Unimog-Baureihen, der neue Allrad-Lkw Zetros und der Eonic mit seinen niedrigen und hohen Kabinenvarianten.

Bereits vor dem BIC konnten die Gäste einen ersten Eindruck von der Vielfalt der von Mercedes-Benz angebotenen Sonderfahrzeuge gewinnen. Vom Smart als First Responder über den Sprinter als Rettungswagen bis zum Actros als Wechselladerfahrzeug mit einem beeindruckenden Großlüfter reichte die Spanne der Ausstellungsobjekte. Als Full-Range-Anbieter erfüllt Mercedes-Benz mit seiner Palette an Pkw, Transportern, Lastkraftwagen und Sonderfahrzeugen alle Anforderungen, die international seitens der Anwender im Brand- und Ka-

20 neue Einsatzmöglichkeiten. Der erste Unimog U 20 ist als Tanklöschfahrzeug in Kroatien bereits im Einsatz.

Der auf der letzten IAA Nutzfahrzeuge erstmals öffentlich präsentierte neue Allrad-Lastwagen Mercedes-Benz Zetros stand im Rampenlicht bei den Geländefahrzeugen. Oberhalb der Unimog-Baureihe angesiedelt, ermöglicht der Zetros die Konfiguration schwerer Einsatzfahrzeuge, bei denen es neben einer hohen Nutzlast und einem großen Aufbauvolumen vor allem auf herausragende Geländeeigen-

erlöschkreislumpumpe ermöglicht. So vorbereitet, wird der Zetros mit seiner geräumigen Kabine für bis zu drei Einsatzkräfte hinter der mächtigen Motorhaube sicher bald als Waldbrand-Tanklöschfahrzeug seine Premiere haben.

Der Eonic hat sich als Spezialfahrzeug für Feuerwehr-Sonderaufbauten längst etabliert. Vor allem für Hubrettungsfahrzeuge - Drehleitern wie Teleskopmastbühnen - ist der Eonic mit seiner niedrigen Kabine, die bis zu vier Einsatzkräften Platz bietet, immer öfter erste Wahl. Die serienmäßige Luftfederung unterstützt bei diesen Fahrzeugen mit konstruktionsbedingt hohem Aufbau-schwerpunkt ein sicheres Fahrverhalten. Dem Fahrer wird die Arbeit durch das ebenfalls serienmäßige Automatikgetriebe erleichtert. Optional erhältliche lenkbare Hinterachsen - auch schon beim Zweiaxser mit 18 Tonnen zulässiger Gesamtmasse - machen den Eonic sehr wendig und erleichtern das Anfahren enger Einsatzstellen.

Zunehmend beliebter wird der Eonic auch bei Werkfeuerwehren, die für ihre Sonderlöschfahrzeuge aus ergonomischen Gründen den Vorteil einer geräumigen Fahrerkabine zu schätzen wissen. Die Einsatzkräfte können sich bereits während der Anfahrt mit Atemschutzgeräten ausrüsten. Am Einsatzort angekommen, verlassen sie die Kabine vorwärts bequem über nur zwei Stufen - schneller und sicherer geht es nicht. Eine optional lieferbare zweiflügelige Tür auf der Beifahrerseite bietet dabei beste Ausstiegsbedingungen.

Neben zwei Fahrgestellen mit niedriger und hoher Kabine in zwei- und dreiachsiger Ausführung wurden in Wörth auch drei fertig aufgebaute Eonic vorgestellt. Die Drehleiter DLA(K) 23-12 mit Aufbau von Metz basiert auf einem Eonic 1833 mit niedrigem Fahrerhaus. Auf dem gleichen Chassis, jedoch mit hoher Kabine, ließ sich die Werkfeuerwehr EnBW in Stuttgart ihr neuestes Sonderlöschfahrzeug von Ziegler für den Einsatz im Gaswerk aufbauen. Eine Nummer größer präsentierte sich das kurz vor der Auslieferung stehende Sonderlöschfahrzeug von Rosenbauer für die Werkfeuerwehr der Shell-Raffinerie in Wesseling. **□**



Mercedes-Benz Unimog U 5000. **□**

tastrophenschutz gestellt werden. Als geländegängiges Sonderfahrzeug für Hilfeleistungsfahrzeuge ist der Unimog in allen Varianten und in mehr als 100 Ländern dieser Erde seit Jahrzehnten präsent. Neben den bekannten Baureihen U 300 bis U 500 als Geräteträger und U 4000/U 5000 als geländegängiger Lkw zog in Wörth vor allem der neue, leichte Unimog U 20 die Blicke der Fachleute auf sich.

Der in drei Gewichtsvarianten mit 7,5 / 8,5 und 9,3 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verfügbare U 20 ist der erste Unimog mit Frontlenkerkabine. Der kurze Radstand von nur 2,70 Meter macht ihn gleichzeitig zu einem extrem kompakten und wendigen Geländefahrzeug. Insbesondere in Gebieten mit steilen, engen Wegen - in Bergregionen wie in historischen Altstädten - bietet der U

schaften bei gleichzeitig guter Straßentauglichkeit ankommt. Der Zetros bietet diese Voraussetzungen als 18-Tonner mit zwei Achsen und als 25-Tonner (technisch sind 27 Tonnen möglich) mit drei Achsen. Die Einzelbereifung an allen Achsen und der permanente Allradantrieb machen den Zetros in Verbindung mit der serienmäßigen großvolumigen Bereifung zu einem idealen Geländefahrzeug. Auf Wunsch ist an Stelle des serienmäßigen Achtgang-Schaltgetriebes jetzt auch eine Vollautomatik erhältlich. Mit einer Wattiefe von serienmäßig 0,8 m (optional 1,1 m) sind auch Hochwassereinsätze kein Problem.

Neu und in Wörth jetzt erstmals präsentiert wurde der obenliegende Nebenabtrieb für den Zetros, der insbesondere den Löschfahrzeugherstellern den problemlosen Antrieb einer Feu-



In Krisenzeiten überzeugt nur eins: Sicherheit. Wir bieten Ihnen daher: vollen Kapitalschutz und eine attraktive Verzinsung. Garantiert. Ein gutes Gefühl, jemanden an seiner Seite zu haben. Einen, der sich so um die Altersvorsorge kümmert, als wäre es für ihn selbst. Wohl auch deshalb sind wir der Versicherer, dem die meisten Bayern vertrauen. Immer in Ihrer Nähe, immer für Sie da. Weitere Informationen erhalten Sie in über 4 000 Agenturen und Sparkassen oder unter www.versicherungskammer-bayern.de



Wir versichern Bayern.

Bezirksversammlung der KPV Niederbayern:

„Einmischen und mitreden“

Wechsel an der Führungsspitze: Auf Franz Schwarz folgt Alois Rainer

Der Bürgermeister von Haibach (Landkreis Straubing-Bogen), Alois Rainer, ist neuer Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern der Kommunalpolitischen Vereinigung in der CSU (KPV). Er tritt die Nachfolge von Franz Schwarz (Aldersbach) an, der aus familiären Gründen nicht mehr kandidierte. Damit steht Rainer alleine in Niederbayern über 3100 Mitgliedern vor.

Bei den Neuwahlen in Plattling gab es eine weitere Veränderung in der engeren Vorstandschaft: Bürgermeister Alois Wenig (Kirchberg) wurde für August Wittenzellner (Kollnburg), der nicht mehr antrat, zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter bestätigt wurden Gemeinde- und Kreisrätin Roswitha Nöbauer (Ruhstorf) und Bürgermeister Manfred Kaschel (Gerzen).

Hoher Stellenwert der KPV

Nach Grußworten von Passaus Landrat Franz Meyer, den Bundestagsabgeordneten Bartholomäus Kalb und Max Straubinger sowie dem Landtagsabgeordneten Bernd Sibler hob der neue Bezirksvorsitzende, Metzgermeister von Beruf, in seiner Antrittsrede den großen Stellenwert der KPV innerhalb der CSU hervor. Er forderte von der Mutterpartei frühzeitigere Informationen zu kommunalpolitisch relevanten Themen, „damit wir uns einmischen und mitreden können“. Die KPV-Mitglieder rief Rainer dazu auf, ihn mit möglichst umfangreichen Informationen zu versorgen, damit er wisse, was im Bezirk geschehe.



Alois Rainer.

Rainer, ein „Freund des offenen Wortes“, ging auch auf die zuweilen geforderte Wiederbelebung einer neuen Begeisterungsfähigkeit für die CSU ein. Sein Appell: „Wenn wir die absolute Mehrheit zurückerobern wollen, dann müssen wir uns in den kommenden vier Jahren richtig positionieren und jeder von uns muss sich anstrengen und positiv in die Partei einbringen.“ Seinem Vorgänger dankte Rainer für dessen Leistungen und Verdienste der vergangenen zehn Jahre. Er wolle nicht in dessen große Fußstapfen treten, sondern seine eigene Spur legen.

Franz Schwarz, der zehn Jahre als KPV-Bezirksvorsitzender fungierte, zog in seinem Abschiedsstatement angesichts der großen Verluste der CSU bei den Kommunalwahlen und der Enttäuschung darüber, dass so manche KPV-Initiative „irgendwo versickert“ sei, weil Landes- und Bundespolitik ihre Versprechen nicht eingehalten hätten, eine kritische Bilanz.

Finanzielle Probleme

Er prognostizierte große finanzielle Probleme in den kommenden Jahren. Die wirtschaftliche Situation sei in vielen Bereichen speziell in Bayern von der Auto- und Metallbranche abhängig. „Wenn die Kurzarbeiter wieder voll auf den Arbeitsmarkt drängen, wird einerseits die Arbeitslosigkeit ansteigen, andererseits werden wir durch die Ausfälle von Gewerbesteuern und anderen Einnahmen weniger investieren können. Das wird sich nachteilig auf die Wirtschaft auswirken.“

Dies, so Schwarz, sei aber

auch eine Chance für die CSU, in den kommenden wahlfreien Jahren sich wieder auf Werte wie Ehrlichkeit und Verlässlichkeit zu besinnen „und zu fördern, was wichtig und notwendig ist“. Ebenso werde ein gewisses Maß an Bürgersinn in Form von Eigeninitiativen einzufordern sein.

Aufgaben gemeinsam lösen

„Nicht immer ist der Staat oder die Kommune für alles verantwortlich“, betonte der Aldersbacher Bürgermeister. „Auch wir Menschen müssen uns dieser Situation stellen und ehrlich versuchen, die Aufgaben gemeinsam mit dem Staat zu lösen. Wir bauen immer noch an Einrichtungen, die uns in der Zukunft alleine vom Unterhalt die Kosten nicht mehr finanzierbar machen“, monierte Schwarz.

Für eine gerechte Politik

Mit dem Dank an „unzählige Kolleginnen und Kollegen, die über viele Jahre in der Vorstandschaft oder im Landes- und Hauptausschuss mit mir gemeinsam versucht haben, Probleme anzusprechen, die CSU zu unterstützen und für unsere Bürgerinnen und Bürger eine soziale und vor allem gerechte Politik zu machen“, schloss Schwarz seine Ausführungen. **DK**

Trauer um Josef Klein

Mit Josef Klein ist Ende Oktober im Alter von 82 Jahren ein vielseitiger Kommunalpolitiker mit bleibenden Verdiensten verstorben. 16 Jahre war er Mitglied des Stadtrates in seiner Wahlheimat Bad Windsheim, 34 Jahre Mitglied des Kreistages, davon 30 Jahre Fraktionsvorsitzender. Von 1978 bis 1994 vertrat er die Interessen der Bürgerinnen und Bürger seiner Heimat im mittelfränkischen Bezirkstag, wo sein Name untrennbar und sichtbar mit dem Freilandmuseum in Bad Windsheim verbunden bleiben wird.

Dass er sein Leben beispielgebend in den Dienst der Allgemeinheit stellte, belegen sein Engagement neben der beruflichen Arbeit als Lehrer und Rektor auch an vielen anderen verantwortlichen Stellen. So diente er der katholischen Kirche und der Ökumene, dem Roten Kreuz und mit großer Leidenschaft der Europa-Union. Überhaupt investierte er in Europa viel Herzblut, begründete zahlreiche Partnerschaften des Bezirks und seiner Städte in Frankreich und Polen.

Für Frieden und Freiheit

Unvergessen bleibt sein Einsatz für die Europäische Einigung, für Frieden und Freiheit. Und so ist es nicht verwunderlich, dass er als erster Deutscher im November 2005 den Preis der Europäischen Bürgerschaft erhielt, auf welchen er besonderes stolz war. Für sein vielfältiges Wirken wurde er 1994 auch mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet, zahlreiche andere Orden und Ehrenzeichen waren die logische Folge seines Engagements.

Starke Prägung

„Er hat die CSU in unserer

Heimat über Jahrzehnte hinweg geprägt“, so Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt in seiner Trauerrede. Die Verdienste des Verstorbenen würdigten



Josef Klein.

auch CSU-Bezirksvorsitzender und Staatsminister Joachim Herrmann, Hans Herold, Landtagsabgeordneter und CSU-Kreisvorsitzender, sowie Ortsvorsitzender Dieter Hummel und Britte Hegendörfer, mittelfränkische KPV-Bezirksvorsitzende.

Für Christian Schmidt war Josef Klein auch ein väterlicher Freund und Förderer: „Was bleibt ist der dankbare Rückblick und die Erinnerung an einen großartigen Menschen“. **(pmw)**

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Drohender Finanzkollaps

Wolfratshausen besteht voraussichtlich auf der Rückzahlung des Kreisumlagenanteils, der 2005 in das Dienstleistungszentrum Tölzer Kaserne (DTK) GmbH geflossen ist. Laut Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts steht das der Stadt zu. Eine Finanzierung über die Kreisumlage sei unrechtmäßig.

Sollte dies Schule machen, ist eine Zwangsverwaltung für den Landkreis zu befürchten. Um den Landkreis „finanziell nicht an die Wand zu fahren“, möchte Bürgermeister Helmut Forster mit Neu-Landrat Sepp Niedermaier und seinen Bürgermeister-Kollegen nach Lösungen suchen. Abzuwarten bleibt, ob der Landkreis in Revision geht. „Bleibt der Richterspruch bestehen, muss der Kreis sofort aufhören, seiner Tochterfirma Geld zuzuschießen“, betonte Bürgermeistersprecher Michael Bromberger. „Dann ist die DTK in kürzester Zeit insolvent.“ Für den Landkreis bedeute das, dass die Bürgschaften in Höhe von etwa 40 Millionen Euro auf einen Schlag zu Schulden würden, was den Schuldenstand des Kreises etwa verdoppeln würde. **□**



Zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (Mitte) durchschnitten die stellvertretende AOK-Direktorin Regina Merk-Bäumel und der Ärztliche Direktor des Klinikums Memmingen, Chefarzt Prof. Dr. Albrecht Pfeiffer, ein Band in den Stadtfarben und eröffneten so die 12. Memminger Gesundheitstage. **□**

„Zeit für Gesundheit“

Erfolgreiche Bilanz der 12. Memminger Gesundheitstage

Mit großem Erfolg gingen die 12. Memminger Gesundheitstage zu Ende. Insgesamt kamen rund 10.000 Besucherinnen und Besucher zur größten Gesundheitsschau in der Region, die in diesem Jahr unter dem Motto „Zeit für Gesundheit“ stand.

Rund 60 Aussteller präsentierten ein breites Spektrum in Sachen Gesundheit in der Memminger Stadthalle. So informierten Sanitätshäuser, Zahntechniker, Handwerker und Firmen im Gesundheitswesen bis hin zu Pflegediensten über Neues und Bewährtes auf dem Markt.

Das mitveranstaltende Memminger Klinikum stellte am Ausstellungsstand die Arbeit der drei zertifizierten Organzentren Brust-, Prostata- und Darmzentrum vor. Mit einem übergroßen Dammodell wurde Einsicht in moderne Therapie- und Behandlungsmethoden und so Medizin zum „Anfassen“ geboten.

Show-Küche

Kulinarische Köstlichkeiten zeigte die Show-Küche am Stand der AOK. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitskasse nahmen sich an dem, ganz nach dem Leitsatz der diesjährigen Veranstaltung gestalteten Messestand, „Zeit für die Gesundheit ihrer Kunden“ und präsentieren den „Schwingstab“ als Fitnessgerät.

Sehr großen Zuspruch fand das Vortragsprogramm. Nahezu 2 000 Personen informierten sich in zwei Vortragsforen über neue Therapiemöglichkeiten des Diabetes Mellitus, Organspende, rechtliche Aspekte bei der Betreuung und Patientenverfügungen bis hin zu mehr Lebensqualität durch besseres Hören. Auch die Mitmach- und Schnupperangebote der Volkshochschule waren sehr gefragt.

„Man denkt erst an die eigene Gesundheit, wenn man selber krank ist“, brachte es Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bei der Eröffnung der Gesundheitstage auf den Punkt. Mit den Gesundheitstagen präsentiere sich die Stadt Memmingen mit dem Schwerpunkt-Klinikum als eine „Gesundheitsmetropole“, so der Rathauschef.

Qualitätssicherung

Der Ärztliche Direktor des Klinikums, Chefarzt Prof. Dr. Albrecht Pfeiffer, bezeichnete die „regelmäßigen“ Gesundheitsreformen als eine „Industrialisierung der Medizin“, die nichts mehr mit Gesundheit zu tun hätten. „Auch sind die Zertifizierungsprozesse wichtig und zur Qualitätssicherung für den Patienten notwendig“, betonte der Chefarzt der Medizinischen Klinik II am Klinikum Memmingen. „Gesundheit ist wahrlich unser höchstes Gut“, sagte die stellvertretende AOK-Direktorin Regina Merk-Bäumel zu Beginn der Veranstaltung. Auch in Zeiten zurückgehender Krankenkassenbeiträge bei gleichzeitiger höherer Lebenserwartung der Menschen werde die AOK weiterhin die Gesundheitskasse vor Ort sein.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Erfolgreiche Interkommunale Zusammenarbeit im ILZTAL

Informationsplattform www.sdl-inform.de
bündelt Know-how

In nur fünf Jahren haben es neun Gemeinden des Ilztals geschafft, aus der Randregion im bayerisch-böhmischen Grenzgebiet ein Vorzeigemodell für ländliche Entwicklung zu machen. Unter dem Dach des Vereins Ilzer Land e.V. entwickelte sich eine intensive interkommunale Zusammenarbeit in allen wichtigen Bereichen. Initiiert und begleitet wurde das Projekt von der Schule der Dorf- und Landentwicklung Plankstetten. Grundlage für die Kooperation war ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK). Es war das erste seiner Art in Bayern und ist vom Amt für ländliche Entwicklung Niederbayern gefördert worden.

Der Erfolg des Konzeptes liegt vor allem im Engagement und der Kreativität der beteiligten Kommunen begründet: Innerhalb kurzer Zeit wurden rund 200 Einzelprojekte umgesetzt. Für den Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum der Region sind dabei wichtige Entscheidungen getroffen worden, die vor allem die Kernthemen interkommunale Zusammenarbeit, Wirtschaft und Tourismus sowie die Generationenfrage in den Mittelpunkt stellen. Das Erfolgsmodell „Ilzer Land“ steht mittlerweile Pate für ähnliche Projekte in Bayern. Auf der Internetplattform www.sdl-inform.de der SDL können sich Interessierte ausführlich über die positive Projektentwicklung informieren.

Tiefgreifende Veränderungsprozesse

Die Region entlang der Ilz hat trotz landschaftlicher Potentiale Schwierigkeiten, sich als wirtschaftlich attraktiven Standort zu präsentieren. Die Gemeinden kämpfen mit den Auswirkungen des demographischen Wandels, der Globalisierung, des Strukturwandels in der Landwirtschaft sowie mit finanziellen Problemen. An der landkreisübergreifenden, interkommunalen Allianz sind die Gemeinden Grafenau, Schönberg, Thurmannsbang, Röhrnbach, Perlesreut, Fürsteneck, Saldenburg, Ringelai und Huthurm beteiligt.

Unter diesem Motto haben die Kommunen eine Reihe von Maßnahmen initiiert. Dazu zählen u.a. die Nutzung von Synergien bei der kommunalen Verwaltung, die Neugestaltung der Dorfkerns, die Erarbeitung eines gemeinsamen Gewässerentwicklungskonzeptes, die Vorbereitung eines interkommunalen Gewerbegebietes, die Etablierung eines Kompetenznetzwerkes für Unternehmen sowie gemeindeübergreifende Bildungs- und Freizeitangebote für Senioren und Jugendliche. Über ein gemeinsames Tourismuskonzept sind die Entscheider besser vernetzt und das Angebot optimiert worden.

Gestärktes Selbstbewusstsein

Nach nur wenigen Jahren intensiver Arbeit werden nun die Ergebnisse dieser Bemühungen deutlich: Die Bürger identifizieren sich offenkundiger mit ihrer Heimat, zudem sorgen eine stärkere Wirtschaft und ein dynamischer Tourismus für die lebendige Gestaltung des kulturellen Lebens im Ilzer Land.

Auf Grund der Kooperation mit angrenzenden Landkreisen wurden die touristische Infrastruktur und deren gemeinsame Vermarktung verbessert. Neue Impulse kommen auch vom Unternehmer-Netzwerk, das die Lehrstellensituation voranbringt. **□**

Interdisziplinäres Modellprojekt:

„Senioren in Markt Heiligenstadt i. Ofr.“

Der demographische Wandel ist eine der großen Herausforderungen für Oberfrankens Gemeinden. Vor allem die Zunahme der Senioren stellt die Kommunen vor eine große Aufgabe. Aufbauend auf dieser Ausgangslage will das interdisziplinäre Modellprojekt „Senioren in Markt Heiligenstadt/Ofr. (Landkreis Bamberg) – Analyse der Lebens- und Wohnsituation von Senioren aus medizinischer und kommunalwissenschaftlicher Sicht“ die derzeitige Lebens- und Wohnsituation von Senioren darstellen und deren Wünsche und Erwartungshaltungen aufzeigen.

Die Ergebnisse der Studie sind sowohl für die Entwicklung und Planung von seniorenspezifischer Infrastruktur sowie für die künftige Ausrichtung der medizinischen Versorgung äußerst wichtig. Die Verbindung von medizinischen und regional- und kommunalwissenschaftlichen Aspekten machen die Studie zu einem

Darauf aufbauend werden Ziele und Handlungsempfehlungen in demographisch-regional/kommunalen als auch in medizinisch-geriatrischer Sicht erarbeitet.

Bei einer Pressekonferenz machte Oberfrankens Regierungspräsident Wilhelm Wenning klar, warum die Studie von der Oberfrankenstiftung gefördert

TU Kaiserslautern wird aufwendige empirische Untersuchungen machen. 2007 habe der Anteil der über 65-jährigen im Landkreis Bamberg 16 % betragen, in Heiligenstadt 21 %, erklärte sie. Zu prognostizieren seien derzeit für das Jahr 2030 an die 40 %. Die Gruppe der Senioren – junge Alte (aus med. Sicht 50+), Betagte (aus med. Sicht 70+), Hochbetagte (aus med. Sicht 80+) – sei eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Verhaltensweisen und Bedürfnissen. Daraus entstünden unterschiedliche Herausforderungen, u. a. eine hohe Zahl Alleinstehender mit individuellen Bedürfnissen und Wünschen sowie ein auffälliger Frauenüberschuss und ein steigender Anteil an Hochbetagten.

Aspekte der Alterung

Ziel der Untersuchung im Markt Heiligenstadt und im Landkreis Bamberg sei es, so Troeger-Weiß, die derzeitige Wohn- und Lebenssituation der Bevölkerungsgruppe über 50 Jahren darzustellen und somit die Aspekte der Alterung im Rahmen des demographischen Wandels zu untersuchen. Dazu sollen ausdrücklich die derzeit über 50-Jährigen nach ihren Bedürfnissen befragt werden.

Der Aufbau der Studie untergliedert sich in verschiedenen Bausteine. Grundlage ist die Analyse der demographischen Struktur bzw. deren Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren. Daraus wird ein Statusbericht über die demographischen Strukturen des Landkreises Bamberg und des Marktes Heiligenstadt erarbeitet.

Angebot und Nachfrage

Der zweite Baustein umfasst die Erfassung, Analyse und Bewertung seniorenspezifischer Angebotsformen und der Nachfrage in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Einzelhandel und Versorgung, Bildung und Kultur, seniorenspezifische Infrastruktur sowie Freizeit und Erholung. Im Bereich des Angebots

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, jetzt schaltet die Natur also ein, zwei Gänge zurück. Schade, dass der Mensch sich diesem Rhythmus nicht mehr anschließen mag.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war fest entschlossen, sich in November-Stimmung zu bringen.

Der Herbst ist ja die ambivalenteste Jahreszeit. Für die einen ist es die schönste Zeit im Jahr wegen der herrlichen Färbung der Bäume und Sträucher, der vom Sommerstaub gereinigten Luft, den Nebelschwaden, die mal düster-heimnisvoll, mal verspielt der Landschaft ein anderes, nicht selten überraschendes Gesicht verleihen und wegen des Raureifs, der uns am Morgen eine Anmutung von Schnee gibt.

Andere verfluchen den Herbst wegen der klammen, nassen Kälte, die sich überall breit macht, den düsteren Morgen und dunklen Abenden, den nassen Blättern auf Wegen und



Wir haben dem Bürgermeister in seine Rede für den Volkstrauertag viel hineingeschrieben von Besinnung und Rückschau, innehalten und nachdenken. Tatsächlich wäre der November der ideale Monat zum Entschleunigen, bevor man in der Adventszeit wieder auf Vorweihnachtsfeier- und shopping-Touren kommt.

Früher waren die Menschen gezwungen, im Herbst Gas wegzunehmen. Die Ernte war eingebracht, auf dem Feld gab es nichts mehr zu tun und das spärliche Licht, das seinen Weg noch zur Erde findet, reichte gerade für die Arbeit in Stall und Wald. Wegen der Dunkelheit und der klammen Kälte war man zu früher Stunde zu Hause und suchte Wärme an der Feuerstelle, an der dann die Sagen, Lieder und Märchen entstanden, die mündlich über viele Generationen weitergegeben wurden. Vielleicht sind deshalb manche Märchen wie „Hänsel und Gretel“, „Rotkäppchen“ oder „Der Wolf und die sieben Geißlein“ so Angst einflößend, weil sie an unheimlichen, unheilswangeren Novemberabenden erdacht, erzählt und weitergestrickt wurden.

Aber wir Heutige wischen das Düstere beiseite. Wir besiegen das Dunkel durch künstliches Licht – traditionell per Glühbirne oder ökologisch korrekt durch Energiesparlampen. Unser Entertainmentangebot ist durchgestylt und normiert – vor allem aber mit Ausnahme des „Olivertwist“ zu Weihnachten, des „Dinner für one“ an Silvester und des „Quo vadis“ zu Ostern absolut jahreszeitenneutral.

Mein Chef, der Bürgermeister, trauert den alten Zeiten nicht hinterher, da diese nie so gut waren, wie es unsere Gegenwart heute ist. Aber sich mal wieder bewusst auf die Jahreszeit des Übergangs einzulassen, das möchte er schon – wenn's nur die Arbeit zulassen würde. So tritt er halt weiter im Hamsterrad und findet die Antwort auf das Streben nach einem Sieg über die Düsternis des Novembers vielleicht in einem Satz von Theodor Fontane auf dem heutigen Kalenderblatt: „Der Mensch verzweifelt leicht, aber im Hoffen ist er noch größer.“

the
Sabrina



V. l.: Dr. med. Peter Landendörfer, Prof. Dr. med. Antonius Schneider, Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß, I. Bürgermeister Markt Heiligenstadt Helmut Krämer, Regierungspräsident von Ofr. Wilhelm Wenning, Landrat Landkreis Bamberg Dr. Günter Denzler.

Bild und Text: fpo

in Oberfranken bisher einmaligen Modell- und Pilotprojekt.

Die Untersuchung wird 12 Monate umfassen und in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung an der TU Kaiserslautern sowie dem Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der TU München durchgeführt. Abschließend werden die demographischen und medizinisch-geriatrischen Bestandsaufnahmen zusammengeführt und in ein Stärken-Schwächen-Profil der derzeitigen Situation der Senioren in Heiligenstadt überführt. Dieses Profil stellt die Basis für die Ableitung von Handlungserfordernissen dar.

wird. Heiligenstadt mit seinen knapp über 3600 Einwohnern und 23 Gemeindeteilen sei eine „größere kleine Kommune“ und habe eine Größenordnung wie sie in Oberfranken häufig vorkomme. So hoffe man, die Ergebnisse auch in anderen Kommunen zur Anwendung zu bringen. Auch Landrat Günter Denzler erhofft sich „eine ganz wesentliche Hilfe und Unterstützung für Planungen und das Zuschusswesen“. Gottseidank habe man im Landkreis Bamberg eine stagnierende und keine abnehmende Bevölkerung.

Professorin Gabi Troeger-Weiß vom Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung an der

Meilenstein für Breitbandversorgung im ländlichen Raum:

Bauarbeiten für Ausbau des Glasfasernetzes in Diedorf starten

Freistaat Bayern fördert Projekt von LEW TelNet und O2

10 Kilometer neue Glasfaserleitungen sind die Basis des neuen Breitbandnetzes in Diedorf. Ab Sommer 2010 können rund 2.700 Haushalte in Diedorf über die neue Infrastruktur dann mit einer Bandbreite von zunächst bis zu 50 Mbit/s im Internet surfen. Die für das Breitbandnetz notwendigen Bauarbeiten in Diedorf haben heute mit dem offiziellen Spatenstich begonnen.

Bis ins Frühjahr 2010 verlegt die LEW TelNet 10 Kilometer neue Glasfaserleitungen in Diedorf. Sie verbinden an 14 verschiedenen Punkten im Markt Diedorf die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz der LEW TelNet und dem Internet-Backbone von O2. Das Projekt in Diedorf setzen LEW TelNet und O2 gemeinsam um.

Der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau der neuen Glasfaser-Infrastruktur beteiligen sich außerdem der Markt Diedorf sowie die beiden beteiligten Unternehmen. „Dieses Projekt ist nicht nur ein wichtiger Meilenstein für Markt Diedorf, sondern für alle Kommunen in Bayern, die wie wir lange auf den Anschluss ans breitbandige Internet warten muss-

ten“, sagte Bürgermeister Otto Völk bei dem offiziellen Spatenstich. Bisher sind im Großteil von Diedorf nur Internetanbindungen mit schmalen Bandbreiten von unter 1 Mbit/s möglich.

Gespräche mit Kommunen

„Wir führen bereits Gespräche mit anderen Kommunen zur Umsetzung entsprechender Breitbandprojekte“, sagte LEW TelNet-Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl. „Projekte wie das hier in Diedorf zeigen, dass Netzbetreiber wie LEW TelNet und O2 das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum lösen können.“ Bereits jetzt haben sich viele Diedorfer für die Breitband-Angebote der O2 als Interessenten vormerken lassen. In den kommenden Wochen startet O2 mit der Vermarktung der DSL-Dienste im Markt

Diedorf. „Die Kunden können sich auf vollwertiges Breitband-Internet freuen, die Zeiten des Surfs im Schnecken tempo sind vorbei“, sagte Markus Haas Managing Director Corporate & Legal Affairs von Telefónica O2 Germany. „Davon werden Privatkunden ebenso profitieren wie Unternehmen oder Freiberufler, die auf hohe Bandbreiten angewiesen sind.“

Breites Portfolio

LEW TelNet ist mit einem eigenen Nachrichtennetz in Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten sowie einem breiten Dienstleistungsportfolio einer der führenden Anbieter für Datenkommunikation in der Region. Das Tochterunternehmen der Lechwerke AG beschäftigt rund 70 Mitarbeiter und bietet Unternehmern neben Breitband-Internet-Zugängen Dienstleistungen in den Bereichen Standortvernetzung, Netzwerklösungen, TK-Anlagen, mobiles Arbeiten und Security. Zu den Kunden zählen namhafte in der Region

wird eine Aufstellung aller bestehenden für Senioren relevanten Angebote in Heiligenstadt durchgeführt. Hierbei werden Aspekte wie Art und Standort des Angebots, Qualität von Einrichtungen, Träger und Anbieter der Einrichtungen und Vernetzung der Träger ermittelt. Ein zweiter wichtiger Aspekt ist die Analyse der Nachfrage, also der Bedürfnisse, Verhaltensweisen, Akzeptanzen, Wünsche und Erwartungshaltungen der Senioren. Eruiert werden soll hierbei, wie Angebote für Senioren von diesen wahrgenommen, genutzt und bewertet werden.

Medizinischer Teil

Der dritte Baustein beinhaltet den medizinischen Teil der Analyse. Dafür ist Professor Dr. med. Antonius Schneider vom neuen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der TU München zuständig.

ansässige Unternehmen, aber auch eine Reihe von Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen.

Telefónica O2 Germany GmbH & Co. OHG gehört zu Telefónica Europe und ist Teil des spanischen Telekommunikationskonzerns Telefónica S.A. Das Unternehmen bietet seinen Privat- wie Geschäftskunden in Deutschland Post- und Prepaid-Mobilfunkprodukte sowie innovative mobile Datendienste auf Basis der GPRS- und UMTS-Technologie an. Darüber hinaus stellt das Unternehmen als integrierter Kommunikationsanbieter auch DSL-Festnetztelefonie und High-speed-Internet zur Verfügung. Telefónica Europe hat rund 48 Millionen Mobil- und Festnetzkunden in Großbritannien, Irland, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Deutschland. □

Schneider zollte seinem Kollegen Dr. Peter Landendörfer großes Lob. Er habe das Projekt in seinen eigentlichen Zügen etabliert und wolle es auch wissenschaftlich betreuen. Als Hausarzt vor Ort in Heiligenstadt und als Dozent am Lehrstuhl könne er seine langjährige Erfahrung einbringen.

Für die Planung von Lebensraum stehe an erster Stelle die elementare Frage nach der Lebensqualität, so Landendörfer. Dabei habe Lebensqualität im Alter eine völlig andere Wertigkeit als bei Jüngeren. Schlüsselindikator für Lebensqualität im Alter sei die soziale Einbindung. Im Weiteren definiere sich lebenswertes Alter eher durch Fehlen von Funktionsdefiziten als durch Fehlen von Krankheiten. Gleichwohl seien Krankheiten früherer Jahre als Indikatoren für die so genannte „Restlebenszeit“ durchaus relevant. Diese werde durch Risikofaktoren wie die bekannten „Volkskrankheiten“ (z. B. Bluthochdruck und Zuckerkrankheit), Defizite beim Hören oder Sehen,

übermäßiger Medikamentenverbrauch, seltene soziale Kontakte und fehlende Freizeitaktivitäten verkürzt.

I. Bürgermeister Helmut Krämer wünscht sich aus der Studie auch Impulse für den Tourismus. Immerhin ist das Kleinzentrum Heiligenstadt mit den Ortsteilen Traindorf und Veilbronn „staatlich anerkannter Erholungsort“. Besonders für Wanderer und Radler ist der im Leinleital in der Fränkischen Schweiz gelegene Ort idealer Ausgangspunkt. Mit einem großen Familienzentrum sei man schon gut aufgestellt. Dort stünden 145 Pflegebetten, 96 Wohnungen für betreutes Wohnen, eine Tagungs- und Ferienstätte und eine Sozialstation bereit, die 160 Menschen Arbeit bietet. „Wir machen uns im Gemeinderat jetzt schon Gedanken über den Rückbau der Kinderspielfläche“, stellte Krämer klar und machte damit plakativ auf den gewaltigen Geburtenrückgang auch in seiner Gemeinde aufmerksam. □



Beginn der Bauarbeiten: Markus Haas, Managing Director Telefónica O2 Germany, LEW TelNet-Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl, Diedorfs Bürgermeister Otto Völk sowie der stellvertretende Landrat des Landkreises Augsburg, MdL Max Strehle (v. l.), starten per Knopfdruck den Bau des neuen Glasfasernetzes. Bild: Bleier / LEW

Christliches Wertebewusstsein beispielhaft vermittelt

**Rieser Kulturpreis für Fachakademie Maria Stern
Unter den ältesten bayerischen Bildungseinrichtungen**

Nördlingen (jdt). Mit der Fachakademie für Sozialpädagogik Maria Stern Nördlingen des Schulwerks der Diözese Augsburg wurde eine weit über die Region Nordschwaben hinaus angesehene Bildungseinrichtung mit dem „Rieser Kulturpreis 2009“ ausgezeichnet. Gewürdigt wurde mit der Ehrung während eines großen Festaktes im Stadtsaal „Klösterle“ eine der ältesten Ausbildungsstätten für Erzieherinnen und Erzieher in Bayern mit einer über hundertjährigen Geschichte. In seiner Laudatio betonte Marcel Huber, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das vielseitig verdienstreiche Wirken der Fachakademie „mit hohen Qualitätsmaßstäben und christlicher Wertevermittlung“.

Der Rieser Kulturpreis, dessen heimatbezogene Tradition 1983 der aus dem Dorf Belzheim im Ries stammende frühere Bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann begründete, würde jetzt zum 13. Male vom Verein Rieser Kulturtage vergeben. Verbunden ist damit ein Preisgeld von 5000 Euro, das dieses Jahr vom Vorstand der Pädagogischen Stiftung Cassianum Donauwörth, Professor Werner Schiedermaier, zur Verfügung gestellt wurde.

Besondere Qualifikation

Zum Auftakt konnte der Vorsitzende des Vereins Rieser Kulturtage, Wulf-Dietrich Kavasch, zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens begrüßen. Ein besonderes Willkommen galt der Witwe Jaumanns, Margarete Jaumann, der Abordnung der Ordensfrauen von Maria Stern in Augsburg, mit Generaloberin Sr. Theophila Kilgenstein, der ehemaligen Schullei-

terin Sr. Sigrud Ritzer und Sr. Imelda Huß, selbst Absolventin der Nördlinger Fachakademie. Kavasch stellte heraus, dass ein „Abschluss bei Maria Stern als besondere Qualifikation gilt“.

Hoher Stellenwert

Oberbürgermeister Hermann Faul hob den hohen Stellenwert der Fachakademie hervor, der einzigen Ausbildungsstätte dieser Art im Landkreis Donau-Ries. Ebenso wie weitere Redner sprach Faul dem Verein Rieser Kulturtage seine Anerkennung aus, ebenso der Preisspenderin, der Pädagogischen Stiftung Cassianum Donauwörth.

Lob für Rüstzeug

Landrat Stefan Rößle lobte mit Nachdruck das an der Fachakademie vermittelte Rüstzeug, mit der qualitätvollen Förderung von Werten für das Leben und den Beruf, aber auch von Heimatbewusstsein.

Von Professor Werner Schiedermaier wurde für die Pädagogische Stiftung Cassianum bekräftigt, diese habe mit dem Preisgeld eine Einrichtung bedacht, „die überaus erfolgreich ausbildend und erzieherisch wirkt“. Dies habe besondere Bedeutung vor dem Hintergrund erschreckender Erfahrungen an Schulen und gegen Lehrer.

Beste Chancen

Beeindruckt von der vorbildhaften Ausrichtung der Fachakademie, der wirkungsvollen Persönlichkeitsbildung und der

christlichen Wertevermittlung und der Möglichkeit zum Erwerb der religiösen Zusatzqualifikationen, der „Missio“ und der „Vocatio“, zeigte sich in seiner Rede Staatssekretär Marcel Huber. Den Absolventinnen und Absolventen von „Maria Stern“ garantierte die hochwertige Ausbildung mit christlichem Fundament beste Berufschancen.

Erfolgreiches Wirken

Einen sehr vielseitigen Dank statteten die ehemalige Schulleiterin Sr. Sigrud Ritzer und die Schulleiterin Sigrud Christeiner und Edwin Michler (stellvertretender Kulturtage-Vorsitzender) ab. Mit viel Anerkennung bedacht wurde das erfolgreiche Wirken des Schulwerks Diözese Augsburg, dessen Direktor Ulrich Haaf zu den Ehrengästen gehörte. Musikalisch beschwingt war das von den Studierenden gestaltete Rahmenprogramm.

Öffentlicher Dienst als Stütze der Gesellschaft

Donauwörth/Nördlingen (mg). Der dbb – Deutscher Beamtenbund – und die Tarifunion, ein Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, starten nun eine Kampagne zur Information der Öffentlichkeit, über die vielfältigen Dienstleistungen, die die Mitarbeiter/innen im öffentlichen Dienst für Deutschland vorhalten, berichtet Vorstandsmitglied des DBSH in Schwaben.

Viele der Bundesbürger wüsten nicht, was sich alles hinter dem Begriff des öffentlichen Dienstes verbirgt. Kaum einer weiß, dass rund 4,5 Millionen Menschen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Recht und Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen, Verkehr und Infrastruktur, Politik und Bürger, Gesundheit und Soziales, Kultur und Umwelt arbeiten.

Der öffentliche Dienst gibt der Bundesrepublik Deutschland ein stabiles Fundament und ist durch nichts zu ersetzen, so die Initiatoren der Aktion. Die Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes sind in allen staatsrelevanten Bereichen im Einsatz. Sie han-

deln verantwortungsbewusst und nachhaltig, denn sie haben eine wichtige Mission: Deutschland stark machen.

Deshalb wurde eine Homepage erstellt, die Hintergrundinformationen und interessante Beiträge zu den einzelnen Bereichen bietet, so Martin Gaertner, Vertreter des DBSH – Deutscher Berufsverband Soziale Arbeit – in Schwaben, einer der Mitgliedsorganisationen im dbb. Infos unter www.leistung-macht-staat.de sowie bei den angeschlossenen Mitgliedsgewerkschaften. Die Liste dieser Gewerkschaften ist unter www.dbb.de zu finden.

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung beinhaltet eine Beilage der LfA Förderbank Bayern, München. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Neue Publikation des Landkreises Roth:

„Was war - was ist - was uns verbindet“

„Im Landkreis Roth lässt es sich trefflich leben, arbeiten und Urlaub machen. Jeder Ort hat seine eigene reichhaltige Geschichte und charakteristische Besonderheiten. Unsere sechzehn Städte, Märkte und Gemeinden beleben mit gesundem Konkurrenzdenken und nützlicher Zusammenarbeit die positiven Entwicklungen“, betont Landrat Herbert Eckstein im Vorwort zum 200-seitigen Nachschlagewerk „Der Landkreis Roth – was war, was ist, was uns verbindet“.

Die kürzlich erschienene, einmalige Publikation gibt mit zahlreichen Fotos und interessanten Texten einen ausführlichen Einblick in das Landkreisleben. Das Themenspektrum reicht von der abwechslungsreichen Geschichte der Region über die zahlreichen Aufgaben des Landkreises und des Landratsamtes bis hin zu den 16 Städten, Märkten und Gemeinden. Das Buch entstand im Landratsamt Roth in enger Zusammenarbeit mit versierten Heimatkundlern, Institutionen, Vereinen und den Kommunen.

Landkreischef Eckstein zufolge „haben wir uns mitten im Fränkischen Seenland in der Metropolregion Nürnberg unsere sympathischen fränkischen Eigenarten und unsere kulturelle Vielfalt bewahrt“. „Vielfalt als Stärke“ laute das Markenzeichen der Region. Von der Landwirtschaft mit vielen Sonderkulturen über das Handwerk und die Industrie mit einem interessanten Branchenmix und innovativen Weltmarktführern reiche die Palette. Die Bundeswehr mache den Landkreis mit High-Tech und dem Ausbildungsstandort bundesweit bekannt. Mit dem Triathlon verfüge die Stadt über ein Alleinstellungsmerkmal. Der „Challenge“ in Roth sei weltweit bekannt.

„Um alle relevanten Fakten zusammen zu tragen, war viel Zeit, Aufwand und Liebe zum Detail nötig“, hob Landrat Eckstein hervor. Dank der Mitarbeit vieler Freiwilliger könnten Landkreisbürger und Gäste nunmehr ein Stück der Heimat in Händen halten. Und das in zweifacher Hinsicht. Denn das Buch informiert nicht nur über den Landkreis Roth, es entstand auch ausschließlich innerhalb der Landkreisgrenzen. Zudem finanzierte die Sparkassen-Stiftung Roth-Schwabach rund ein Drittel der Gesamtkosten.

„Der Landkreis Roth“ ist sowohl im Buchhandel als auch im Landratsamt Roth erhältlich. Zudem wird das Buch an die Grund- und Hauptschulen sowie an das Förderzentrum im Landkreis Roth verteilt. Allen vierten und fünften Klassen wird kostenlos ein Exemplar zur Verfügung gestellt. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Publikation zum Beispiel auf Messen in digitaler Form zum Nachschlagen auszulegen. **DK**

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (08171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene

kerler

Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 13 · 91522 Ansbach
Tel: (09138) 3000 · Fax (09138) 3000
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 13 · 91522 Ansbach
Tel: (09138) 3000 · Fax (09138) 3000
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER

Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriest. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydmeter.de

Weihnachtsbeleuchtung

